

D R O G E N

DROGEN



und Entwicklung

Drogen und Entwicklung

Politik, Strategien und Erfahrungen
der Drogenkontrolle in der
Entwicklungszusammenarbeit

Inhalt

▶	1	<i>Drogen im Zeichen globalen Wandels</i>	2
▶	2	<i>Ein ganzheitliches Konzept</i>	8
▶	3	<i>Strategien</i>	12
▶	4	<i>Instrumente der Zusammenarbeit</i>	16
▶	5	<i>Erfahrungen aus drei Ländern</i>	20
▶	6	<i>Drogenkontrolle ist möglich</i>	26
▶	7	<i>Perspektiven</i>	28
		<i>Projekte</i>	30
		<i>Literatur</i>	32
		<i>Abkürzungen</i>	32
		<i>Adressen</i>	34

Titelfoto

Kinder in Laos: Bei der Drogenkontrolle im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stehen Menschen im Mittelpunkt.

Vorwort

»Am Ende des 20. Jahrhunderts gehört die Drogenproblematik zu den großen globalen Herausforderungen. Nationale Maßnahmen sind wichtig, aber nicht ausreichend. Deshalb fordert Bundeskanzler Kohl im Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auf.

Drogenprobleme sind auch Entwicklungsprobleme. Häufig sind es Armut und der Mangel an wirtschaftlichen Alternativen, die die Bauern zum Anbau von Drogenpflanzen treiben. Viele Entwicklungsländer bauen nicht nur Drogenkulturen an, sondern sind selbst mehr und mehr vom Drogenkonsum und den Auswirkungen des Drogenhandels betroffen. Daraus ergibt sich eine besondere Rolle für die Entwicklungszusammenarbeit. Selbst wenn es gelänge, die Nachfrage nach Drogen bei uns zu stoppen, würden damit die Probleme in Entwicklungsländern noch nicht gelöst sein.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stellt sich dieser Verantwortung. Sie verfügt über ein reichhaltiges Instrumentarium, um Maßnahmen der Drogenkontrolle in Entwicklungsländern zu unterstützen. Dazu gehört die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit, die Aus- und Fortbildung sowie die Kooperation mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union.

Im Laufe der letzten zwanzig Jahre sind die Ansätze in diesem Bereich wesentlich verbessert worden. Nicht mehr die Ersatzanbauprojekte der frühen 70er Jahre, sondern Strategien der Eindämmung des Drogenpflanzenanbaus durch Aufbau einer legalen Wirtschaft (Alternative Entwicklung), der Prävention von Drogenkonsum und der Drogenkontrolle stehen im Vordergrund. Bei der Ausarbeitung dieser Konzepte hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wesentliche Beiträge geleistet. Sie setzt sich für Strategien der Drogenkontrolle ein, die mit entwicklungspolitischen Prinzipien vereinbar sind und insbesondere den Schutz der Menschenrechte berücksichtigen.

Die Drogenkontrolle im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit erhebt nicht den Anspruch, Drogenprobleme weltweit lösen zu können. Sie trägt dazu bei, daß Drogenprobleme gemindert und Entwicklungsprozesse gefördert werden. Erfahrungen zeigen, daß dies möglich ist. Entwicklungspolitische Maßnahmen sind nachhaltiger, erfolgversprechender und leichter vermittelbar als Strategien, die nur auf Repression setzen.

Wichtig bei der künftigen Arbeit ist, entwicklungspolitische Aspekte noch mehr in die Drogenkontrolle einzubringen und das gesamte politische Handlungsspektrum zu nutzen, um dieser globalen Herausforderung wirksam zu begegnen.

Dieses Heft stellt Politik, Strategien und Instrumente der Drogenkontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit vor. Beispiele aus drei Ländern zeigen, wie Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden. Es soll verdeutlichen, daß es dabei um mehr geht, als Mohn durch Erdbeeren oder Koka durch Kakao zu ersetzen. Gut konzipierte Drogenbekämpfungsmaßnahmen helfen den Menschen dabei, sich aus der Illegalität zu befreien und neue Lebensperspektiven zu finden. «



Carl-Dieter Spranger
Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

April 1998



1 Drogen im Zeichen globalen Wandels



Sozialer Wandel bringt Herausforderungen ...

Drogenprobleme gehören zu den globalen Herausforderungen, vor denen Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen stehen.

Lange Zeit galten Entwicklungsländer lediglich als Zulieferer, die die Drogen herstellten, die in westlichen Industriegesellschaften verbraucht wurden. Inzwischen zeigt sich aber, daß Entwicklungsländer selbst ebenfalls von der Drogenproblematik betroffen sind.

Entwicklungsprobleme fördern dort Produktion, Handel und Konsum illegaler Drogen. Drogenprobleme verstärken wiederum Armut, Gesundheits- und andere Entwicklungsprobleme und beeinträchtigen die Rahmenbedingungen für nachhaltige menschliche Entwicklung.

Dabei sind Drogen- und Entwicklungsprobleme nicht nur auf lokaler oder nationaler Ebene miteinander verflochten, sondern über nationale Grenzen hinweg auch auf regionaler und globaler Ebene. Kriminelle Organisationen operieren weltweit. Teilweise werden Drogen, Vorläufer-substanzen und auch das ›Know-how‹ zur Her-

stellung von Drogen aus Industrie- in Entwicklungsländer transferiert. Die ›Globalisierung‹ ist im Drogengeschäft längst Realität.

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stellt sich den Anforderungen, die sich aus der Verknüpfung von Drogen- und Entwicklungsproblemen ergeben. Sie verfügt über Konzepte, Strategien und Instrumente, um einen Beitrag zur Minderung der Drogenproblematik leisten zu können. Diese werden in diesem Heft – nach einem kurzen Überblick über die Drogensituation – vorgestellt.

Die deutsche EZ kann dabei auf Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten zurückgreifen. Beispiele aus Peru, Thailand und Kolumbien verdeutlichen dies.

Dimensionen der Drogenproblematik

Das Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen – ›United Nations International Drug Control Programme‹ (UNDCP) – geht davon aus, daß 1990 weltweit fast 450 Millionen Menschen Drogen mißbrauchten: Über die Hälfte davon Beruhigungsmittel und ähnliche Substanzen, 141 Millionen Cannabis, 30 Millionen Amphetamine und weitere 26 Millionen Halluzinogene.

Drogen

Bei ›Drogen‹ geht es um mehrere hundert Substanzen, die unter internationaler Kontrolle stehen. Die meisten dieser Substanzen dürfen für medizinische oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden. Sie werden nicht ›bekämpft‹, sondern kontrolliert. Einige Substanzen sind völlig verboten, darunter Heroin und Kokain. Die Grundsubstanz für Heroin ist Opium, das aus dem Schlafmohn gewonnen wird. Schlafmohn wird vor allem in Asien illegal angebaut. Kokain wird dadurch hergestellt, daß die Blätter des Kokastrauchs weiterverarbeitet werden. Der Kokastrauch wird in Bolivien, Kolumbien und Peru angebaut. Neben diesen Substanzen gewinnen synthetische Drogen – darunter Amphetamine – auch in Entwicklungsländern immer mehr an Bedeutung.

Kokain (einschließlich ›Crack‹) wurde von 13 Millionen und Heroin von acht Millionen Menschen konsumiert. Der weltweite Umsatz der illegalen Drogenindustrie wird von UNDCP auf 300 bis 400 Milliarden Dollar (1995) geschätzt.

Nordamerika

Unter den Industrieländern gilt die USA als der größte Markt für Drogen. 500.000 Amerikaner konsumieren regelmäßig Heroin und mehr als zwei Millionen Kokain (einschließlich ›Crack‹). US-Amerikaner sollen 1993 mehr als 48 Milliarden Dollar für Kokain, Heroin und Cannabis ausgegeben haben.

Europa

Auch die Länder der Europäischen Union stehen vor einem beträchtlichen Drogenproblem. Nach dem Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) von 1997 ist Cannabis die am weitesten verbreitete illegale Droge in den Ländern der Europäi-

schen Union. Mit großem Abstand folgen Amphetamine, Kokain und Heroin.

Eine vorsichtige Hochrechnung ergibt, daß in der Europäischen Union zwischen 750.000 und einer Million Heroinabhängige leben. Der Gebrauch von Heroin gilt in mehrfacher Hinsicht als besonders problematisch. Das Sterblichkeitsrisiko unter injizierenden Heroinkonsumenten – die meisten sind männlich und 20 bis 35 Jahre alt – ist 20 bis 30 mal höher als sonst in dieser Altersgruppe. Der Gebrauch verschmutzter Nadeln ist die hauptsächliche Ursache für die Transmission von HIV/AIDS und Hepatitis C.

1995 starben nach diesem Bericht in der Europäischen Union mindestens 6.500 Menschen im Zusammenhang mit dem Konsum illegaler Drogen, davon über 1.500 in der Bundesrepublik Deutschland. Die ›sozialen Kosten‹ des Heroingebrauchs in Deutschland – darunter Polizeiausgaben, Schäden durch Drogenvergehen, Produktivitätsverluste, Präventionsmaßnahmen, Behandlungskosten, etc. – wurden 1992 auf über 13 Milliarden DM geschätzt.



... für viele Gesellschaften

Asien

Vom 18. bis zum 20. Jahrhundert wurde Opium in einigen Ländern Asiens für kommerzielle Zwecke hergestellt und exportiert. Vor allem China mußte in der Folge der ›Opiumkriege‹ (1840-42 und 1856-60) seine Märkte für Opium aus Indien öffnen. Im Ergebnis wurden im China des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mehr Opiate konsumiert als heute weltweit.



In Südostasien wird der Schlafmohn vor allem von ethnischen Minderheiten angebaut.

Zwei Länder – nämlich Afghanistan und Myanmar (Burma) – produzieren inzwischen über 90% Prozent des weltweiten illegalen Opiums. Mit rund 2.800 Tonnen (1997) ist Afghanistan der führende Produzent von Opium und die bedeutendste Quelle des Heroin in Europa. Der Iran, die Türkei und zunehmend auch die zentralasiatischen Republiken sind die wichtigsten Transitländer. Der größte Teil des Opiums und Heroin verbleibt allerdings in der Region und wird in den Nachbarländern – vor allem in Pakistan – verbraucht.

Schätzungen für Myanmar reichen von 800 bis 2.500 Tonnen Opium jährlich. Charakteristisch für Myanmar und andere Länder Südostasiens, in denen Opium produziert wird – Laos, Thailand und Vietnam – ist, daß der Schlafmohn vorwiegend von ethnischen Minderheiten angebaut wird. Myanmar ist eine bedeutende Quelle des in den USA konsumierten Heroin.

In fast allen Ländern Asiens gibt es Probleme des Drogenkonsums. In Laos beispielsweise wird der größte Teil der Opiumernte von über 40.000 Abhängigen zumeist in Minderheiten-gebieten geraucht. In Vietnam gibt es etwa 200.000 Abhängige; in den ländlichen Gebieten wird Opium vorwiegend geraucht, in den Städten auch injiziert. In Myanmar gebrauchen einige hunderttausend Menschen Heroin und andere illegale Drogen. Mehr und mehr Abhängige gehen dort dazu über, Heroin zu injizieren.

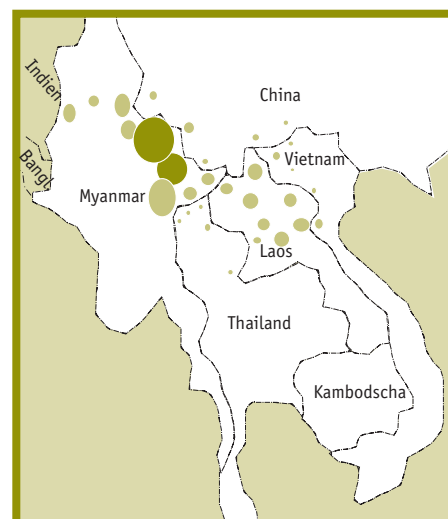
Im Süden Chinas ist der Heroinkonsum ebenfalls weit verbreitet. Eine Studie zum Drogengebrauch in Thailand von 1993 schätzte die Zahl der Drogenkonsumenten auf mindestens 1,26 Millionen. Besorgniserregend ist dort vor allem, daß sich der Gebrauch von Amphetaminen und ähnlichen Substanzen unter Schulkindern immer mehr ausbreitet. In Südostasien werden Metamfetamine gezielt für die lokalen und regionalen Märkte hergestellt.



Mohngebiete in Südwest- und Zentralasien

Pakistan gilt als das Land mit den meisten Heroinkonsumenten weltweit. Während Anfang der 80er Jahre nur etwa 30.000 Menschen regelmäßig Heroin gebrauchten, waren es nach einer Untersuchung 1993 über 1,5 Millionen, also mehr als in den USA und Europa zusammengekommen. Die meisten rauchten Heroin. In einigen Städten ist aber ein Trend hin zum Nadelgebrauch zu beobachten. Auch im Iran leben mehrere hunderttausend opium- und heroinabhängige Menschen.

Festzuhalten ist, daß der größte Teil der in Asien hergestellten Drogen in Asien verbleibt. Asiatische Länder sind selbst zu bedeutenden Märkten für illegale Drogen geworden.



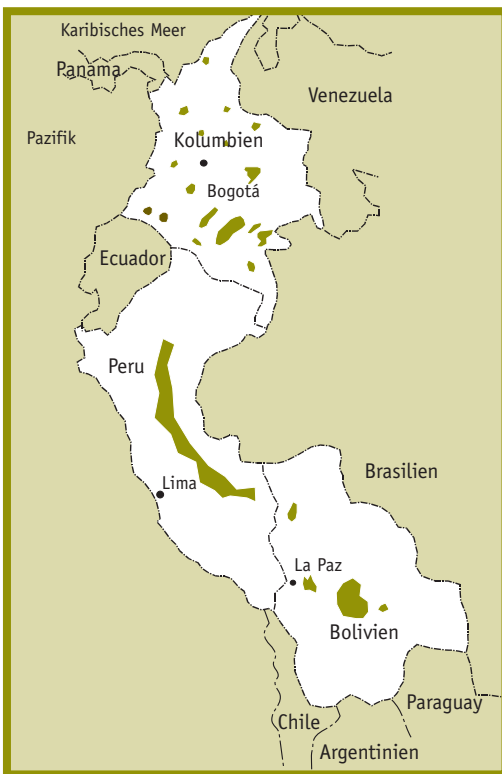
Mohngebiete Südostasiens

Lateinamerika

Der Kokastrauch wird in Lateinamerika seit einigen tausend Jahren für rituelle, medizinische und soziale Zwecke genutzt. Heute konzentriert sich die Produktion von Koka und Kokain auf einige wenige Länder. Der Kokastrauch, aus dessen Blättern schließlich Kokain gewonnen werden kann, wird in drei Ländern Lateinamerikas angebaut. Von den weltweit geschätzten 200.000 Hektar befinden sich etwa 45 Prozent in Peru, 30 Prozent in Kolumbien und 25 Prozent in Bolivien. Ein großer Teil wird in Kolumbien zu Kokain verarbeitet.

In Peru und vor allem in Bolivien wird ein Teil der Kokablätter legal für den traditionellen Gebrauch angebaut. In Lateinamerika konsumieren einige hunderttausend Menschen Kokablätter auf traditionelle und legale Weise – zum Beispiel als Kokatee oder indem sie gekaut werden. Die Wirkungen werden im übrigen nicht als schädlich eingeschätzt.

Zu den Ländern, die Opium und daraus Heroin herstellen, gehören seit einigen Jahren auch Kolumbien und Mexiko mit jeweils 50 bis 70 Tonnen Opium pro Jahr.



■ Kokagebiete der Anden ■ Mohngebiete der Anden

In den meisten Ländern Lateinamerikas ist Alkohol wegen der damit verbundenen Gewalttätigkeit die Droge, die die größten Probleme verursacht. Der Konsum illegaler Drogen ist in den Produktionsländern Lateinamerikas bislang weniger ausgeprägt als in Asien. Dies gilt auch für Kolumbien, trotz der Verfügbarkeit von Kokapaste und Kokain zu niedrigen Preisen. Dennoch ist die Zunahme des Konsums von Kokaderivaten unter Straßenkindern und Jugendlichen in Bolivien, Kolumbien und Peru beunruhigend. Auch Brasilien und andere Länder sehen sich einem steigenden Drogenkonsum gegenüber.

Afrika

Afrika ist seit Ende der 80er Jahre eine Drehscheibe des internationalen Drogenhandels. Nigeria nimmt hier eine besondere Stellung ein. Heroin aus Asien und Kokain aus Lateinamerika werden von hier nach Europa und Amerika geleitet. In vielen Ländern Afrikas wird Cannabis hergestellt, wobei Marokko der größte Produzent ist. Auch aus Afrika selbst wird ein Anstieg des Konsums illegaler Drogen gemeldet. Cannabis ist am weitesten verbreitet. Im östlichen und südlichen Afrika wird häufig Methqualon konsumiert. In vielen Ländern werden außerdem Inhalierstoffe, Schlaf- und Beruhigungsmittel mißbraucht, in einigen – darunter Nigeria – spielen auch Heroin und Kokain eine zunehmende Rolle.

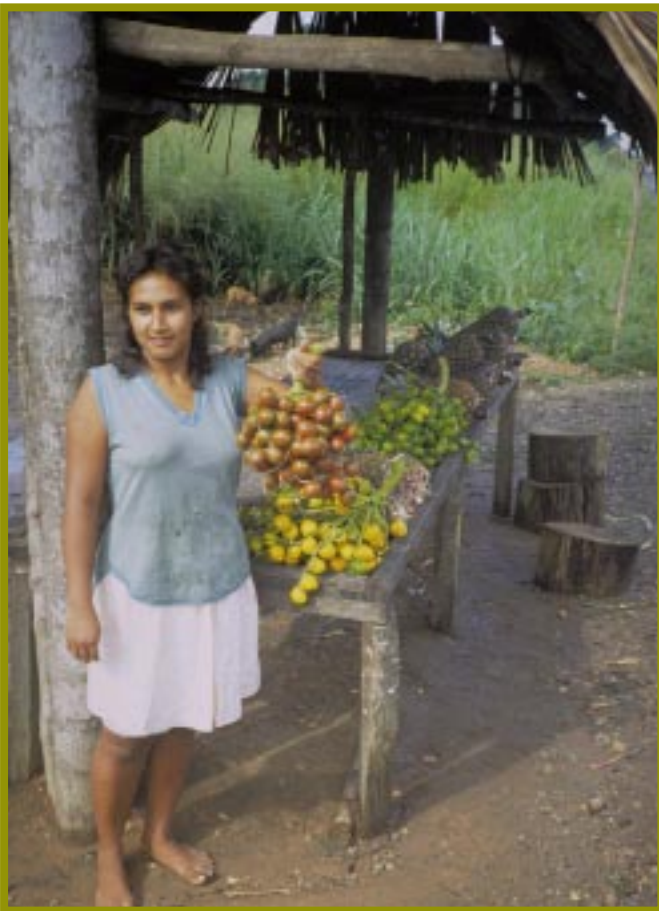


Der Anbau von Koka findet bislang nur in wenigen Ländern statt. Dazu gehört Peru.

Drogen- und Entwicklungsprobleme

Entwicklungsprobleme begünstigen Drogenprobleme

Drogen- und Entwicklungsprobleme sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Zu den Faktoren, die Drogenproduktion, -handel und -konsum begünstigen, gehören vor allem Armut, Probleme im Zusammenhang mit sozialem und wirtschaftlichem Wandel, die Ausgrenzung (»Marginalisierung«) sozial schwacher oder ethnischer Gruppen sowie politische Rahmenbedingungen:



Die schwierige Vermarktung legaler Erzeugnisse in entlegenen Gebieten ist in Peru häufig ein Grund für die Produktion von Drogen.

- Marginalität und Abgelegenheit sind auch typisch für die Kokagebiete in den Andenländern. Phasen wirtschaftlicher Rezession, Chancenlosigkeit in Städten oder der Abbau von Arbeitsplätzen in traditionellen Sektoren wie dem Bergbau zwingen viele Menschen dazu, ihren Lebensunterhalt durch illegale Tätigkeiten zu bestreiten. Immer wieder wandern Menschen in entlegene Gebiete ab, um dort ihre Chance zu suchen und als mobile Siedler Koka anzubauen.
- Die politischen Rahmenbedingungen sind oft entscheidend dafür, ob in einem Gebiet mit derartigen Entwicklungsproblemen Drogenkulturen angebaut werden oder nicht. In Südostasien geht es dabei vor allem um die oft schwierigen Beziehungen zwischen Regierungen und ethnischen Minderheiten. Auch politische und finanzielle Interessenlagen spielen zuweilen eine Rolle. In Afghanistan dürften der Krieg, der Zusammenbruch staatlicher Strukturen, die politische Fragmentierung des Landes und nicht zuletzt die Haltung einiger lokaler Führer ausschlaggebend für den Anstieg der Opiumproduktion sein. In den Andenländern gehören Guerillabewegungen, Sicherheitsprobleme und Konflikte in den Produktionsgebieten, Korruption, die organisierte Kriminalität (die sogenannten »Drogenkartelle«), aber auch externe Faktoren wie die Weltmarktpreise für legale Produkte oder die Nachfrage nach Kokain aus anderen Ländern zu den Ursachen.
- Die Gründe für den steigenden Drogenkonsum in Entwicklungsländern sind vielfältig: Armut, fehlende Zukunftsperspektiven, sozialer Druck, Streß und die Schwächung oder Auflösung sozialer Strukturen in Folge sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Der daraus resultierende Drogenkonsum ist nicht mit dem traditionellen Konsum von Drogen, der in einigen Gesellschaften zu finden ist, gleichzusetzen.
- Der internationale Drogenhandel profitiert vom Ausbau der Transportwege und der Kommunikationsinfrastruktur und der Zunahme des Welthandels insgesamt. Vielerorts erschweren fehlende Ressourcen, die unzureichende Ausbildung und Ausstattung der Behörden, aber auch weit verbreitete Korruption und ein unzureichender politischer Wille eine effizientere Kontrolle des Drogenhandels.
- Der Anbau von Drogenpflanzen ist häufig bedingt durch Einkommensprobleme und Armut. In den Minderheitengebieten Südostasiens und den Mohngebieten Südwestasiens sind die Menschen kaum in der Lage, ihre Grundbedürfnisse durch den Anbau von Reis, Weizen und anderen legalen Erzeugnissen zu decken. Ihr Zugang zu Ackerland und außerlandwirtschaftlichen Einkommensmöglichkeiten und Märkten, zu Gesundheitseinrichtungen und Bildung sowie zu politischen Entscheidungsprozessen ist begrenzt.

Drogenprobleme verstärken Entwicklungsprobleme

Kurzfristig können Bauern mit der Drogenproduktion Einkommen erzielen, mit denen andere wirtschaftliche Defizite vorübergehend ausgeglichen werden. Die Probleme, die sich daraus ergeben, wiegen aber schwer:

- ▶ Die Produktion von Drogen führt zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Strukturen auf einen illegalen Markt. Oft passen sich die lokalen sozialen und politischen Strukturen dieser Entwicklung an. Dies verstärkt wiederum die Ausgrenzung der Produktionsgebiete.
- ▶ Die Drogenproduktion führt in den seltensten Fällen zu sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklungsprozessen.
- ▶ Die Drogenproduktion kann zu Drogenkonsum führen. In Asien wird der größte Teil der dort produzierten Drogen in den Herstellungs- oder Nachbarländern auch verbraucht. Auch in den Andenländern ist eine Zunahme des Drogenkonsums zu beobachten.
- ▶ Der zunehmende Drogenkonsum in Entwicklungsländern verschärft Gesundheitsprobleme. In Südostasien – darunter in Myanmar, Thailand und Vietnam – steht der Nadelgebrauch in enger Verbindung mit der Verbreitung von HIV/AIDS.
- ▶ Drogenkonsum verstärkt Armut. In Städten tragen die Kosten für Drogen sowie Produktivitäts- und Arbeitsplatzprobleme in Folge des Drogengebrauchs zur Verarmung bei. Auch in ländlichen Gebieten ist der Drogenkonsum weniger ein prioritäres Gesundheitsproblem als vielmehr eine Ursache von Armut.
- ▶ Drogengebrauch schwächt soziale Strukturen. In vielen Ländern verschärft der Drogenkonsum – vor allem von Männern – die Probleme von Frauen und trägt zu Gewalt gegen sie bei.
- ▶ In Lateinamerika wirkt sich das Umfeld von Drogenhandel, Kriminalität, Gewalt und Prostitution negativ auf Familienstrukturen und die soziale Situation der Frauen aus.
- ▶ In Mittel- und Südamerika, aber auch in Afrika trägt der Drogenkonsum dazu bei, daß Straßenkinder weiter ausgegrenzt werden und Familienstrukturen zusammenbrechen.

- ▶ Drogenhandel verstärkt Gewalt, Konflikte und Kriminalität. Er nährt Korruption, schwächt öffentliche Institutionen, führt zur Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und stellt die Legitimation der staatlichen Autorität in Frage. Drogenhandel steht oft im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität. Kriminelle Organisationen nutzen die Möglichkeiten der Globalisierung für ihre Zwecke. Gerade Entwicklungsländer bzw. Länder, in denen wirtschaftliche und politische Reformen erst begonnen haben – dazu gehören auch die zentralasiatischen Republiken – sind besonders verwundbar.



Auch in Laos trägt die Drogenproduktion nicht zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung bei, sondern verstärkt Entwicklungsprobleme.

2 Ein ganzheitliches Konzept

BMZ: Entwicklungszusammenarbeit und Drogenkontrolle

Die Bundesregierung versteht Entwicklungspolitik als Politik globaler Zukunftssicherung. Als Teil einer weltweiten Partnerschaft und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zielt Entwicklungspolitik unter anderem darauf ab, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Fluchtursachen abzubauen, Krisen vorzubeugen bzw. zu bewältigen, nachhaltige gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Reformen zu fördern und Armut zu mindern.

Zu den globalen Herausforderungen gehört auch die Drogenproblematik. Drogen- und Entwicklungsprobleme sind oft eng miteinander verflochten. Der EZ kommt bei den internationalen Bemühungen der Drogenkontrolle daher eine besondere Rolle zu.

Im April 1995 veröffentlichte das BMZ das ›Konzept Rauschgiftbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit‹. Es zeigt die Möglichkeiten und Grenzen der EZ in diesem Bereich auf.



Workshop in Thailand: Die internationale Zusammenarbeit ergänzt nationale Maßnahmen.

Der Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan

Der ›Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan‹ für die Bundesrepublik Deutschland von 1990 beschreibt zum einen Maßnahmen innerhalb der Bundesrepublik selbst:

- ▶ Verringerung der Nachfrage nach Rauschgiften in der Bundesrepublik;
- ▶ Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität innerhalb Deutschlands;
- ▶ gesetzgeberische Maßnahmen.

Zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Institutionen sind daran beteiligt.

Da es sich bei Drogen um ein globales Phänomen handelt, enthält der Plan einen weiteren Pfeiler, nämlich den der internationalen Zusammenarbeit. Dazu gehören die Kooperation mit den Vereinten Nationen, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, die internationale Zusam-

menarbeit zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und beim Zugriff auf das Vermögen von Drogenhändlern sowie die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

Die globale Natur der Drogenproblematik

»... macht eine umfassende internationale Zusammenarbeit bei der Nachfragereduzierung, der Kontrolle des internationalen Handels mit psychotropen Stoffen, der polizeilichen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, bei der Koordination entwicklungspolitischer Maßnahmen in den Anbau-, Erzeuger- und Transitländern sowie bei der Erarbeitung weltweiter Strategien zur Kontrolle von Chemikalien, die zur Betäubungsmittelherstellung mißbraucht werden können, notwendig«

(Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan 1990, Seite 44).

Möglichkeiten

Über die EZ können die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Anbaus von Drogenkulturen (vor allem Schlafmohn und Koka) und des Drogenkonsums angegangen werden. Die wichtigsten Instrumente in diesem Zusammenhang sind Alternative Entwicklung und Prävention.

Im Rahmen Alternativer Entwicklung werden Maßnahmen der ländlichen Regionalentwicklung mit dem spezifischen Ziel einer Minderung von Drogenproblemen gefördert. Dadurch können alternative Einkommensmöglichkeiten geschaffen, die soziale und physische Infrastruktur verbessert, die Fähigkeiten zur Selbsthilfe der Zielgruppen gestärkt und Entwicklungsprozesse unterstützt werden. Derartige Projekte tragen dadurch nicht nur zur Drogenkontrolle, sondern zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung insgesamt bei.

Ähnliches gilt für Maßnahmen zur Prävention des Drogenkonsums. Die Förderung von Kompetenzen zur Lebensbewältigung, Aufklärungsmaßnahmen, Gesundheitserziehung sowie die Stärkung der Selbsthilfefähigkeiten betroffener Gemeinden und sozialer Gruppen helfen, die Nachfrage nach Drogen zu reduzieren und sind gleichzeitig ein Beitrag zur sozialen Entwicklung.

Die praktischen Erfahrungen mit Aktivitäten der Alternativen Entwicklung und der Prävention können wiederum in die nationale Drogenpolitik des Partnerlandes eingebracht werden, so daß über die unmittelbaren Projektgebiete hinaus Wirkungen erzielt werden.

In Ausnahmefällen unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Stärkung von Institutionen, die mit der Kontrolle des Drogenhandels und der damit verbundenen Kriminalität (darunter auch der ›Geldwäsche‹) befaßt sind, also Maßnahmen im Bereich des ›Law Enforcement‹. Damit wird ein Beitrag zu ›Good Governance‹ geleistet. Es wird insbesondere darauf geachtet, daß sich daraus keine negativen Auswirkungen auf die Menschenrechtslage ergeben.

Grenzen

Grundsätzlich hängen die Erfolgsaussichten der EZ im Drogenbereich von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in den Partnerländern ab. Dazu gehört der politische Wille der Partner zur Drogenkon-

trolle, eine akzeptable Sicherheitslage in den Projektgebieten und die Existenz von Trägerorganisationen vor Ort, über die Maßnahmen durchgeführt werden können.

Neben den üblichen Problemen, vor denen EZ-Vorhaben häufig stehen, gilt es, bei Maßnahmen der Drogenkontrolle besonders zu berücksichtigen, daß Drogenprobleme gerade in schwierigen Gebieten auftreten und gegenläufige Interessenlagen die Arbeit erschweren.

Deshalb ist es um so wichtiger, daß die Rahmenbedingungen in den Partnerländern in Betracht gezogen und die Bemühungen sowohl mit den Partnern vor Ort als auch auf internationaler Ebene abgestimmt werden.



Bei der Drogenkontrolle, wie bei der EZ insgesamt, geht es um Menschen und ihre Potentiale.

Zusammenarbeit mit Partnerländern

Die Bundesrepublik kooperiert im Rahmen der EZ seit 1980 mit zahlreichen Entwicklungsländern im Bereich der Drogenkontrolle. Zu den Partnerländern, die bilateral oder über die Vereinten Nationen unterstützt werden, zählen unter anderem Afghanistan, Ägypten, Bolivien, Brasilien, Chile, El Salvador, Indonesien, Kolumbien, Laos, Pakistan, Peru, Thailand und Vietnam.

Die meisten Mittel werden für Alternative Entwicklung zur Verfügung gestellt. Aber auch Maßnahmen zur Drogenprävention oder zur Stärkung von Institutionen der Drogenkontrolle wurden und werden unterstützt.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich im übrigen nicht nur auf Regierungen. Die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen (NRO), Gemeinde- und Selbsthilfegruppen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dies gilt für Alternative Entwicklung und noch mehr für Präventionsmaßnahmen.

Drogenkontrolle durch die EZ ist nur erfolgversprechend, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sind. Dazu gehört die politische Verpflichtung der Partnerregierungen zur Drogenkontrolle. Diese kann sich beispielsweise dadurch ausdrücken, daß eine klare und transparente nationale Drogenpolitik formuliert wird – etwa in Form eines ›Master Plan‹ –, daß eine entsprechende Gesetzgebung erlassen wird, daß die Partnerregierungen auch eigene Mittel für Drogenkontrolle zur Verfügung stellen oder daß die dafür notwendigen Institutionen aufgebaut und mit dem entsprechenden Mandat und den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden. Darüber hinaus sind die Kriterien, die für die EZ insgesamt gelten, auch im Bereich der Drogenkontrolle von Bedeutung.



Frauen in Afghanistan: Zu den notwendigen Rahmenbedingungen gehört auch der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen.

In der Praxis sind diese Rahmenbedingungen nicht immer gegeben. Gerade die Drogenproduktion findet oft in Gebieten statt, die politisch, sozial und wirtschaftlich kaum integriert sind, über die die Regierung wenig Kontrolle hat, in denen Konflikte oder kriegerische Auseinandersetzungen vorherrschen oder in denen es keine funktionierenden öffentlichen Institutionen gibt. Unter Umständen ist eine direkte Zusammenarbeit mit den Machthabern nicht möglich.

Kriterien für die EZ

1991 stellte das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fünf Kriterien für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor:

- ▶ Beachtung der Menschenrechte;
- ▶ Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit;
- ▶ Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen;
- ▶ Einführung einer sozialen Marktwirtschaft;
- ▶ Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

Diese Kriterien zielen also auf die Rahmenbedingungen für nachhaltige menschliche Entwicklung. Sie gelten auch für die EZ im Bereich der Drogenkontrolle.

In solchen Fällen sollten Maßnahmen unterstützt werden, mit denen zunächst die Rahmenbedingungen für Drogenkontrolle und nachhaltige menschliche Entwicklung verbessert werden. Gegebenenfalls ist direkt mit lokalen Trägern, Nichtregierungsorganisationen, Gemeindeinstitutionen oder Selbsthilfegruppen zusammenzuarbeiten.

Maßnahmen der EZ können Prozesse der Drogenkontrolle und der nachhaltigen menschlichen Entwicklung unterstützen und zur Lösung oder Minderung bestimmter Probleme beitragen. Ihre Wirkung kann aber entscheidend erhöht werden, wenn derartige Projekte auch dazu genutzt werden, im Partnerland den politischen Dialog zur Drogenproblematik zu verstärken. Möglichkeiten ergeben sich im Rahmen des kontinuierlichen Dialogs der deutschen Vertretungen mit Regierungsinstitutionen, der Abstimmung mit anderen Gebern, der regelmäßigen Regierungsverhandlungen zur EZ oder im Rahmen von Besuchen deutscher Regierungs- und politischer Vertreter.

Erfahrungen zeigen, daß die Drogenproblematik und die Rahmenbedingungen von Land zu Land völlig unterschiedlich sein können. Es ist daher erforderlich, für jedes Land, mit dem eine Zusammenarbeit aufgenommen wird, eine detaillierte Problemanalyse durchzuführen, um auf dieser Grundlage länderspezifische Zielsetzungen, Programme und Strategien zu entwerfen.

Mitarbeit in internationalen Gremien

Das BMZ nutzt die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um für Ansätze einzutreten, die sowohl drogen- als auch entwicklungspolitisch sinnvoll und mit den Kriterien der EZ – darunter der Beachtung der Menschenrechte – vereinbar sind. Das BMZ brachte diese Position auch in die Resolutionsentwürfe zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen 1998 ein.

Auf europäischer und internationaler Ebene kooperiert die Bundesrepublik mit zahlreichen Institutionen im Bereich der Drogenkontrolle. Dazu gehören verschiedene Ausschüsse und Arbeitsgruppen innerhalb der Europäischen Union, die ›Dublin-Gruppe‹ und die Vereinten Nationen.

Die Europäische Kommission finanziert in Entwicklungsländern und Osteuropa Programme der Drogenkontrolle. 1996 wurden dafür etwa 46 Millionen ECU zur Verfügung gestellt. Davon wurden 30 Millionen ECU für Maßnahmen der Alternativen Entwicklung in Bolivien eingesetzt. Mit den restlichen Mitteln wurden in verschiedenen Regionen der Welt Aktivitäten der Prävention, der Alternativen Entwicklung, der Stärkung von Institutionen und der Kontrolle von Chemikalien, die zur Weiterverarbeitung von Drogen verwendet werden können (›precursor chemicals‹), unterstützt. Im Bereich der Prävention wurden Maßnahmen zumeist über Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. In anderen Bereichen kooperierte die Europäische Kommission mit der UNESCO, dem Europarat und dem Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen, UNDCP.

UNDCP berät Regierungen weltweit in Drogenfragen. Über Projekte der technischen Zusammenarbeit werden vor allem Entwicklungsländer bei der Lösung oder Minderung von Drogenproblemen unterstützt. Zur Finanzierung derartiger Programme – das jährliche Volumen beträgt insgesamt 50 bis 60 Millionen Dollar – benötigt UNDCP freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Die Hauptgeber – derzeit siebzehn Länder und die Europäische Kommission – treffen sich mit UNDCP zweimal jährlich zu informellen Beratungen. Zu den wichtigsten Gebern gehört auch die Bundesrepublik. Das BMZ steuert etwa 5 Millionen DM und das Bundesgesundheitsministerium nochmals etwa 1,5 Millionen DM jährlich bei.

Bei den BMZ-Mitteln handelt es sich um Beiträge, die an bestimmte Projekte und entwicklungspolitische Prinzipien gebunden sind.



Das internationale System der Drogenkontrolle

Das System gründet sich auf drei Konventionen der Vereinten Nationen:

- ▶ Die Einheitskonvention (›Single Convention on Narcotic Drugs‹) von 1961 (geändert 1972);
- ▶ Die Konvention über psychotrope Substanzen (›Convention on Psychotropic Substances‹) von 1971;
- ▶ Die Konvention gegen den illegalen Drogenhandel (›Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances‹) von 1988.

Diese Konventionen regulieren die Kontrolle mehrerer hundert Substanzen, von denen einige völlig verboten werden und andere für medizinische oder wissenschaftliche Zwecke genutzt werden können. Die meisten Länder der Welt sind diesen Konventionen beigetreten. Die Regierungen sind für ihre Einhaltung verantwortlich. Ihre Umsetzung wird von internationalen Institutionen überwacht, koordiniert und unterstützt. Dies sind vor allem:

- ▶ die Suchstoffkommission der Vereinten Nationen (›Commission on Narcotic Drugs‹);
- ▶ das Internationale Suchstoffamt (›International Narcotics Control Board‹); und
- ▶ das Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen (›United Nations International Drug Control Programme‹), das unter anderem Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit fördert und in etwa 16 Entwicklungsländern mit eigenen Büros vertreten ist;
- ▶ die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die unter anderem prüft, welche Substanzen in die Konventionen aufgenommen werden sollen. Die WHO setzt sich auch mit legalen Drogen wie Tabak und Alkohol auseinander.

3 Strategien

Alternative Entwicklung

Für entwicklungsorientierte Ansätze der Drogenkontrolle steht vor allem die Strategie der ›Alternativen Entwicklung‹.

Zu Beginn der 70er Jahre begann die internationale Gemeinschaft, Entwicklungsländer in Asien bei der Durchführung sogenannter ›Ersatzanbauprojekte‹ (›crop substitution‹) zu unterstützen. Die ersten Projekte dieser Art wurden in Thailand und einige Jahre später in Pakistan durchgeführt. Dabei ging es vorwiegend darum, Drogenkulturen durch andere, legale Kulturen zu ersetzen. Nach einigen Jahren zeigte sich, daß umfassendere Maßnahmen notwendig waren, um Vermarktungs- und Transportprobleme, aber auch andere wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme angehen zu können. In den 80er Jahren verfolgte man daher in Asien und ab Mitte der 80er Jahre auch in Lateinamerika Ansätze der ›integrierten ländlichen Entwicklung‹.

Zu Beginn der 90er Jahre wurde das Konzept nochmals überarbeitet. Das Ergebnis ist die Strategie der ›Alternativen Entwicklung‹.

Im Unterschied zu früheren Ansätzen geht es darum, Maßnahmen auf Projekt- und Zielgruppenebene zu verbessern (in Bereichen wie Zielgruppenorientierung, Partizipation, Nachhaltigkeit oder ›community development‹), verschiedene Maßnahmen der Drogenkontrolle stär-

Alternative Entwicklung umfaßt einen Prozeß, durch den die Produktion illegaler Drogenkulturen durch spezifische Maßnahmen der ländlichen Entwicklung verhindert, verringert oder beseitigt wird.

ker miteinander zu verknüpfen sowie Maßnahmen der Drogenkontrolle in die Gesamtentwicklung eines Gebietes oder Landes zu integrieren.

Das Spektrum an Aktivitäten kann vielfältig sein:

- ▶ Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten in landwirtschaftlichen oder außerlandwirtschaftlichen Bereichen;
- ▶ Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- ▶ Verbesserung der sozialen und physischen Infrastruktur;
- ▶ Förderung sozialer Entwicklungsprozesse, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung;
- ▶ Stärkung von Gemeindeinstitutionen und Selbsthilfegruppen;
- ▶ Unterstützung von Frauen- und Gleichberechtigungsprogrammen und Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten der Zielgruppen;
- ▶ Verbesserung der institutionellen Voraussetzungen für nachhaltige menschliche Entwicklung.



Alternative Entwicklung – wie hier in Thailand – zielt auf die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Drogenproduktion.



Zugang zu Märkten ist auch in Bolivien ein zentraler Aspekt der Alternativen Entwicklung.

Weil in Südostasien Opiate, die in Minderheitegebieten hergestellt werden, dort zunehmend auch verbraucht werden, umfassen Maßnahmen der Alternativen Entwicklung seit Beginn der 90er Jahre auch Komponenten zur Prävention des Drogenkonsums.

Projekte der Alternativen Entwicklung müssen nicht nur drogenpolitisch, sondern vor allem auch entwicklungspolitisch sinnvoll und machbar sein. Die Prinzipien der »normalen« EZ (darunter Zielgruppenorientierung, Partizipation, Gleichberechtigung von Frauen, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Armutsminderung) gelten deshalb auch für derartige Maßnahmen.

Bestimmte Rahmenbedingungen – darunter ein klar erkennbarer politischer Wille der Regierung, Trägerstrukturen vor Ort, Akzeptanz des Vorhabens durch die Bevölkerung – sind wichtig für die Erfolgsaussichten Alternativer Entwicklung. Dort, wo die Rahmenbedingungen nicht ausreichend gegeben sind, sollten Wege gefunden werden, sie zu verbessern.

Alternative Entwicklung ist ein offenes und flexibles Konzept. Da sich die Drogenproblematik und die entsprechenden Rahmenbedingungen von Land zu Land anders darstellen, ist die Strategie jeweils anzupassen.

Erfahrungen in Asien und Lateinamerika zeigen, daß Alternative Entwicklung dazu beitragen kann, die Drogenproduktion zu reduzieren. Auch wenn aus der Drogenproduktion kurzfristig höhere Einkommen erzielt werden könnten, hat Alternative Entwicklung für betroffene Bauern und Gemeinden den Vorteil, daß dadurch die Lebensverhältnisse insgesamt verbessert, Gewalt abgebaut und marginalisierte Gebiete integriert werden. Dies kann das Drogengeschäft nicht leisten. Die Praxis zeigt, daß es den betroffenen Bauern und Gemeinden eben nicht nur darum geht, Einkommen zu maximieren.

Gegenüber anderen Strategien der Drogenkontrolle – wie der gewaltsamen Vernichtung von Drogenkulturen – hat der Ansatz der Alternativen Entwicklung außerdem den Vorteil, daß dabei eine größere Akzeptanz aller Beteiligten (von den Zielgruppen über Nichtregierungsorganisationen und lokale und nationale Regierungsinstitutionen bis hin zu Geberländern und der internationalen Gemeinschaft insgesamt) zu erwarten ist und negative Konsequenzen – wie Konflikte oder eine Verarmung der Bevölkerung – vermieden werden können.

Prävention und gemeindegestützte Drogenkontrolle

Lange Zeit konzentrierte sich die EZ im Drogenbereich auf die Reduzierung des Koka- oder Mohnanbaus. Erst seit Beginn der 90er Jahre kommt der Prävention eine größere Bedeutung zu.

Präventionsstrategien werden üblicherweise in drei Kategorien eingeteilt:

- ▶ Bei der ›primären Prävention‹ geht es darum, dem Konsum von Drogen vorzubeugen. Mittel sind Aufklärung und Erziehung, die Fortbildung von Lehrern und Sozialarbeitern oder Medienkampagnen.
- ▶ Die ›sekundäre Prävention‹ zielt auf gefährdete Gruppen (Risikogruppen) sowie auf die Behandlung von Menschen, die von Drogen abhängig sind, und ihre soziale und berufliche Rehabilitation. Zentral sind hier die Vermittlung und Einübung von Kompetenzen zur Lebens- und Problembewältigung. Die sekundäre Prävention spielt auch bei der Verhütung von HIV/AIDS eine wichtige Rolle, denn Menschen, die Drogen injizieren, setzen sich einem erhöhten AIDS-Risiko aus.



Manzanilla (Lima), Peru: Prävention ganzheitlich denken.

- ▶ Über die ›tertiäre Prävention‹ und die Nachsorge sollen Rückfälle und die schlimmsten gesundheitlichen und sozialen Folgen des Drogenkonsums vermieden werden. Im Vordergrund stehen hier Kriseninterventionen und Beschäftigungsprogramme zur sozialen und beruflichen Wiedereingliederung. Auch Methadon- und Nadelaustauschprogramme zur Verhinderung von HIV/AIDS und Hepatitis fallen darunter.

Prävention durch reine Informationsvermittlung hat sich vielerorts als unwirksam herausgestellt. ›Messages‹, die auf Abschreckung setzen, haben oft negative Auswirkungen. Sie können Neugier auf Drogen wecken, der Glaubwürdigkeit von Präventionsmaßnahmen schaden und darüber hinaus zur Ausgrenzung von Drogenkonsumenten führen.

Statt dessen sollen Einstellungen und Verhaltensweisen gefördert werden, die den Drogenkonsum ablehnen. Über das Konzept der Förderung von Lebenskompetenzen – ›life skills‹ – werden in der Zielgruppe Fähigkeiten unterstützt, spezifische Alltagsprobleme zu bewältigen, aber auch Standfestigkeit und Widerstand gegenüber negativen sozialen Einflüssen zu zeigen.

Ansätze, bei denen die Selbsthilfefähigkeiten von Gemeinden oder sozialen Gruppen gestärkt werden sollen, mit Drogenproblemen selbst besser umgehen zu können, werden unter der Bezeichnung ›community-based drug control‹

(gemeindegestützte Drogenkontrolle, CBDC) zusammengefaßt. Erfahrungen in mehreren Ländern Asiens, vor allem in Thailand, zeigen, daß auf diese Weise Drogenprobleme im Kontext anderer Entwicklungsprobleme in Angriff genommen werden können.

Die EZ kann im Bereich der Prävention wichtige Beiträge leisten, aber auch hierfür sind bestimmte Rahmenbedingungen wichtig:

- ▶ Die Partnerorganisationen müssen das Problem des Drogenkonsums erst einmal anerkennen.
- ▶ Die Partnerregierungen müssen selbst Mittel für Präventionsmaßnahmen sowie für soziale Entwicklung insgesamt bereitstellen.
- ▶ Die Gesetzeslage muß eine Zusammenarbeit mit Zielgruppen ermöglichen.

Stärkung von ›Good Governance‹

Drogenprobleme stehen oft im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität, mit Finanz- und Wirtschaftskriminalität, mit Korruption, mit der Unterwanderung staatlicher Institutionen, mit der Bedrohung wirtschaftlicher und politischer Reformprozesse und der Rechtsstaatlichkeit sowie mit Sicherheitsproblemen und Konflikten, also mit Fragen der Rahmenbedingungen für nachhaltige menschliche Entwicklung und ›Good Governance‹.

Bemühungen um eine Kontrolle von Drogenproblemen werden erschwert, wenn diese Rahmenbedingungen nicht ausreichend gegeben sind, wenn zum Beispiel die zuständigen Behörden nicht die nötigen Ressourcen haben und ihre Effizienz begrenzt ist, wenn keine klaren und durchführbaren Strategien vorliegen, wenn es an politischem Willen zur Drogenkontrolle fehlt, wenn Sicherheitsprobleme und Konflikte vorherrschen, wenn die Rechtslage nicht geklärt ist oder wenn es Nichtregierungsorganisationen nicht möglich ist, sich an Maßnahmen der Drogenkontrolle zu beteiligen.

Good Governance

Der Begriff der ›Good Governance‹ gewinnt seit Beginn der 90er Jahre an Bedeutung. Er bezieht sich auf die politischen und administrativen Rahmenbedingungen, die für eine nachhaltige menschliche Entwicklung nötig sind: Effizienz, Rechenschaftspflicht und Transparenz des öffentlichen Sektors, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, eine konstruktive Interaktion zwischen Staat, privatem Sektor und Zivilgesellschaft, gleicher Zugang zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen, Beachtung der Menschenrechte und Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

In der Politik des BMZ findet die Forderung nach ›Good Governance‹ in den bereits erwähnten fünf Kriterien Niederschlag. Diese Kriterien gelten auch für den Bereich der Drogenkontrolle.

Die EZ kann einen positiven Beitrag dazu leisten, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Sie kann beispielsweise

- ▶ Fragen, die damit in Zusammenhang stehen, aufwerfen und einen Veränderungsprozeß in Gang setzen. Die Erfahrung zeigt, daß Drogenkontrolle ein Einstiegspunkt sein kann, um auch andere politisch sensitive Fragen zu diskutieren;
- ▶ die Effizienz öffentlicher Institutionen stärken;

- ▶ die Koordination und Interaktion zwischen Institutionen der Drogenkontrolle und staatlichen bzw. nichtstaatlichen Institutionen, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen, verbessern;
- ▶ helfen, drogen- und entwicklungspolitisch sinnvolle Strategien zu formulieren;
- ▶ helfen, den politischen Willen von Regierungen und Partnerorganisationen einzufordern.

Bei einer Zusammenarbeit im Bereich der Drogenkontrolle kommt man nicht umhin, sich auch mit der Frage des Drogenhandels auseinanderzusetzen. Dabei wird darauf geachtet, daß eine Förderung im Bereich des ›Law Enforcement‹ nicht zu Menschenrechtsverletzungen führt.

Wenn mit Mitteln der EZ die Kontrolle des Drogenhandels unterstützt wird, dann geschieht dies so, daß damit auch ein unmittelbarer Beitrag zu ›Good Governance‹ geleistet wird. Möglich sind Aktivitäten zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und zur Transparenz und Rechenschaftspflicht von Polizei- und Sicherheitskräften, Positivmaßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtslage oder zur Gewinnabschöpfung von Vermögen aus dem Drogenhandel.

Wie bei der Alternativen Entwicklung und der Prävention muß sich eine Zusammenarbeit zur Förderung von ›Good Governance‹ nicht auf staatliche Organisationen beschränken. Auch für Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen bieten sich hier Möglichkeiten der Kooperation.



Mohnfeld in Afghanistan: ›Good Governance‹ ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Drogenkontrolle.

4 Instrumente der Zusammenarbeit

Die deutsche Technische Zusammenarbeit

Die bilaterale Technische Zusammenarbeit (TZ) beruht auf Abkommen, die die deutsche Regierung mit einem Partnerland schließt. In der Regel beauftragt das BMZ die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH mit der Planung und Durchführung von TZ-Projekten und -Programmen.



›Skills-for-Employment-and-Selfemployment‹: Auch außerlandwirtschaftliche Einkommensalternativen müssen gefördert werden.

Im Bereich der Drogenkontrolle werden mit der TZ vor allem Programme der Alternativen Entwicklung gefördert. Die GTZ unterstützt die Durchführung derartiger Maßnahmen in Thailand seit 1981. Inzwischen werden solche Projekte auch in Bolivien, Kolumbien und Peru durchgeführt.

Zunehmend werden aber auch Maßnahmen der Prävention unterstützt. Beispiele sind die Ausbildung von Multiplikatoren in Bolivien, Maßnahmen der primären Prävention in Brasilien und El Salvador, die Förderung der Jugendarbeit in Medellín (Kolumbien), die Stadtteilarbeit mit Jugendlichen in Peru oder die Stärkung der Leistungsfähigkeit von Organisationen im Präventionsbereich in Thailand.

Wichtigste Aufgabe der TZ ist, die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen in den Entwicklungsländern zu erhöhen. Auch im Drogenbereich steht daher die technische Beratung im Vordergrund:

- ▶ In Peru beispielsweise berät die GTZ die zuständige Regierungskommission CONTRADROGAS bei der Ausarbeitung von Strategien der Alternativen Entwicklung, die auf die sozio-ökonomischen Ursachen des Koka-Anbaus zielen und den Dialog zwischen betroffenen Bauern und Regierungsbehörden verbessern helfen.
- ▶ In Bolivien, Kolumbien und Peru berät die GTZ Kaffeebauern, wie sie die Produktion ihrer Kaffeepflanzungen auf ökologisch nachhaltige Weise verbessern und ihre Abhängigkeit vom Kokaanbau verringern können, und Agrarforschungsinstitutionen, wie ihre Arbeit einen sinnvollen Beitrag zu Alternativer Entwicklung leisten kann.
- ▶ In Thailand werden Gemeindeinstitutionen darin gestärkt, mit Drogenproblemen besser umgehen zu können. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden wiederum in die nationale Drogenpolitik eingespeist.
- ▶ In Thailand führen die GTZ und die Drogenbehörde ONCB seit 1994 außerdem das Thai-German Narcotics Control Programme (TG-NCP) durch. Das Programm soll dem ONCB helfen, mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen in Thailand besser zu kooperieren. Die GTZ unterstützt das ONCB in den Bereichen Fortbildung, Personalförderung und Prävention, aber auch im Bereich des ›law enforcement‹. Dabei wird sichergestellt, daß die Förderung nicht zu Menschenrechtsproblemen führt.

Das Angebot der GTZ

Die GTZ unterstützt die Planung und Durchführung von Maßnahmen der Alternativen Entwicklung, der Prävention und der Stärkung von Institutionen der Drogenkontrolle.

Die GTZ

- ▶ prüft Projektideen auf ihre Durchführbarkeit
- ▶ berät staatliche oder nichtstaatliche Partnerorganisationen in der Planung eines Projektes
- ▶ unterstützt Partnerorganisationen in der Durchführung eines TZ-Projektes
- ▶ bildet Fachkräfte der Partnerorganisationen fort
- ▶ beschafft die für das Projekt notwendigen Sachgüter
- ▶ vergibt und steuert Finanzierungsbeiträge
- ▶ führt Studien, Untersuchungen, Workshops und Konferenzen durch
- ▶ evaluiert Projekte

Die GTZ unterstützt die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Sie kann aber auch im Auftrag Dritter tätig werden.

Das Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung

1990 wurde das Aktionsprogramm Rauschgiftbekämpfung ins Leben gerufen. Seit 1997 heißt es ›Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung‹ (ADE). Das ADE wird von der GTZ im Auftrag des BMZ durchgeführt.

Ziel des ADE ist, Institutionen in die Lage zu versetzen, drogenspezifische Entwicklungsmaßnahmen selbst besser durchführen zu können.

Das ADE kann in flexibler Weise kleinere Maßnahmen in Bereichen wie der Alternativen Entwicklung, der Prävention oder der Stärkung von Behörden der Drogenkontrolle unterstützen. Es kann Experten bereitstellen, Studien in Auftrag geben, Konferenzen und Workshops organisieren, Vorschläge prüfen, die schließlich zu umfassenderen Programmen führen, oder Institutionen und andere Projekte beraten.

Beispiele für ADE-Maßnahmen sind:

- ▶ Die Förderung von Nischenprodukten als Einkommensalternative zu Koka in Peru.
- ▶ Die Prüfung von Projektvorschlägen, wodurch in verschiedenen Ländern – darunter Bolivien, Kolumbien, Laos und Peru – längerfristige und umfassende TZ-Maßnahmen eingeleitet wurden.
- ▶ Die Maßnahme ›Strategieberatung Drogen und Entwicklung in Asien‹, die zeigt, wie die Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärkt werden kann.
- ▶ Die Förderung von Präventionseinrichtungen in Bolivien und Brasilien.
- ▶ Die Durchführung einer Drogenpräventions- und Menschenrechtskampagne in Kolumbien.
- ▶ Ein internationaler Workshop zur Drogenprävention und Rehabilitation in Berlin im März 1998.

Oft sind Nichtregierungsorganisationen die Partner.

Dem ADE kommt als Schnittstelle zwischen der EZ und der Drogenkontrolle eine zentrale Rolle zu.

Das Aktionsprogramm bringt Erfahrungen und Prinzipien der EZ – darunter Zielgruppenorientierung, Partizipation, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Stärkung von Selbsthilfekapazitäten – in die Drogenkontrolle ein und zielt umgekehrt darauf ab, die Belange der Drogenkontrolle stärker in der EZ zu verankern.

Das Angebot des ADE

Im Bereich ›Drogen und Entwicklung‹ kann das ADE:

- ▶ Sofort- und Kleinmaßnahmen der Drogenkontrolle identifizieren, planen und durchführen
- ▶ größere Maßnahmen vorschlagen, planen und fachlich beraten
- ▶ drogenrelevante Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen
- ▶ konzeptionelle Ansätze und Strategien erarbeiten oder weiterentwickeln
- ▶ den Erfahrungsaustausch zwischen Organisationen fördern
- ▶ Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie Projekte beraten.



ADE-Workshop in Laos: Das ADE ist eine Schnittstelle zwischen Entwicklungsinstitutionen und Institutionen der Drogenkontrolle.

Die Finanzielle Zusammenarbeit

Die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) soll helfen, das Produktionspotential in den Entwicklungsländern zu erhöhen oder besser zu nutzen. Dazu gehören die Verbesserung der sozialen und physischen Infrastruktur und zunehmend auch der Umwelt- und Ressourcenschutz.

Die FZ der Bundesrepublik wird über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Form von Krediten und Zuschüssen gewährt. Die KfW prüft die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben, wirkt an deren Vorbereitung mit und betreut sie in der Durchführung.

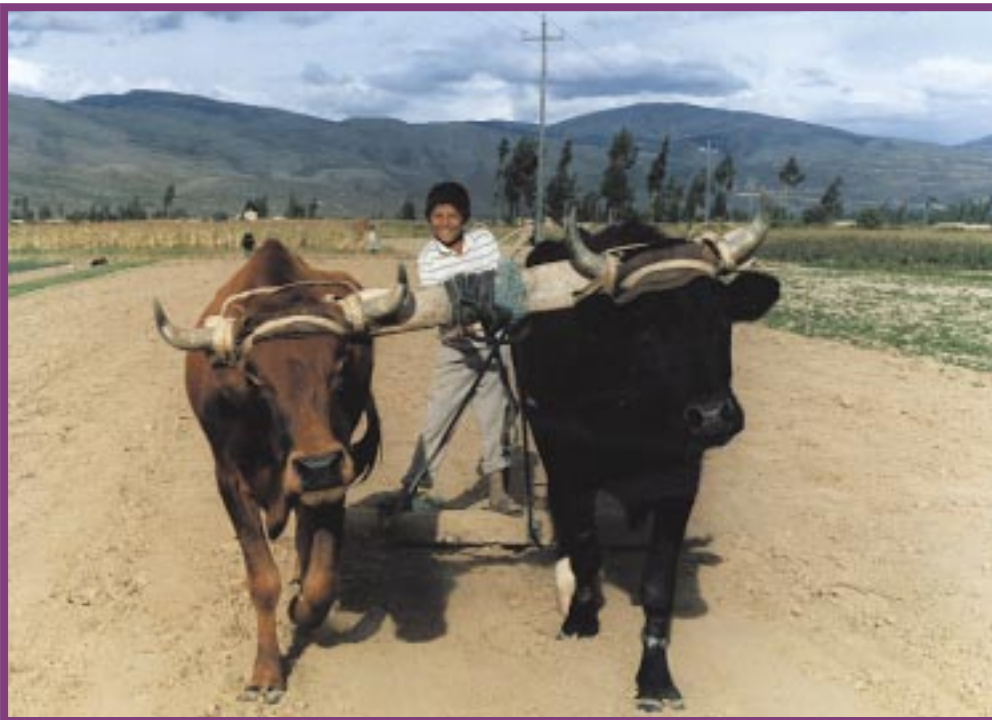
Für die FZ bieten sich vor allem Maßnahmen der Alternativen Entwicklung an. Sie kann:

- ▶ die Vermarktung oder Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse fördern;
- ▶ Agrarkredite zur Verfügung stellen;
- ▶ helfen, die ländliche Infrastruktur – darunter Wege- und Straßenbau, Bewässerung, ländliche Elektrifizierung – aufzubauen;
- ▶ außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten erschließen;
- ▶ die sozialen Lebensbedingungen – zum Beispiel durch die Förderung der Trinkwasserversorgung, des Baus von Schulen oder Gesundheitseinrichtungen – verbessern.

Beispiele sind:

- ▶ Projekte in Bolivien zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung, der Elektrifizierung und einkommenschaffender Maßnahmen;
- ▶ mehrere umfangreiche Projekte in Bolivien und Peru zur Verbesserung des Bewässerungsfeldbaus im Rahmen Alternativer Entwicklung;
- ▶ die Instandsetzung der Straße N6 in Laos, wodurch die Vermarktungs- und Kommunikationsbedingungen in den Mohngebieten Xieng Khouang und Houaphan verbessert und Projekte der Alternativen Entwicklung in diesen Provinzen ergänzt werden.

Die FZ kann aber auch Präventionsmaßnahmen ergänzen, indem Probleme wie die soziale Infrastruktur und das soziale Umfeld, die dem Drogenkonsum oft zugrunde liegen, angegangen werden. Ein Beispiel dafür ist die Stadtteilsanierung in Medellín (Kolumbien). Dieses Projekt ergänzt die TZ-Maßnahme PAISAJOVEN (siehe unten).



Vorbereitung der Felder in Bolivien: Durch die Verbesserung des Bewässerungsfeldbaus und andere Infrastrukturmaßnahmen kann die Finanzielle Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Alternativen Entwicklung leisten.

Die multilaterale Zusammenarbeit: UNDCP

Die Zusammenarbeit mit UNDCP, dem Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen, ist eine weitere Säule der deutschen EZ im Bereich der Drogenkontrolle. Die Bundesrepublik ist einer der Hauptgeber von UNDCP.

Drogenkontrolle gehört zu den politisch sensiblen Aufgabenfeldern. Aus Sicht der Partnerländer ist eine Kooperation mit den Vereinten Nationen oftmals eher vertretbar als eine Zusammenarbeit mit einzelnen Geberländern. Eine Organisation wie UNDCP kann in Ländern und Projektgebieten arbeiten, die für die bilaterale EZ schwer zugänglich sind.

UNDCP – bzw. ihre Vorgängerorganisation, der ›United Nations Fund for Drug Abuse Control‹ (UNFDAC) – unterstützt seit 1971 auch entwicklungsorientierte Maßnahmen der Drogenkontrolle. Die ersten Projekte des Ersatzanbaus wurden in Thailand durchgeführt, ähnliche Projekte folgten in Pakistan und Myanmar ab Mitte der 70er Jahre.

Ab 1984 begannen Projekte der integrierten ländlichen Entwicklung mit dem Ziel einer Reduzierung des Kokaanbaus in Bolivien, Kolumbien und Peru. Zu den bekanntesten Maßnahmen gehörte das ›Cauca-Projekt‹ in Kolumbien, das von 1985 bis 1995 mit deutschen Beiträgen (›Funds-in-Trust‹, FIT) finanziert wurde.

UNDCP bzw. UNFDAC unterstützen ebenfalls seit Beginn der 70er Jahre Maßnahmen der Prävention. Erst seit den 90er Jahren wird diesem Sektor aber größere Bedeutung zugemessen. Auch der Sektor der Kontrolle des Drogenhandels (›Law Enforcement‹) hat an Gewicht gewonnen.

Weiterhin unterstützt UNDCP Regierungen bei der Ausarbeitung nationaler Pläne zur Drogenkontrolle, sogenannter ›Master Plans‹, sowie die Kooperation zwischen den Staaten einer Region (›sub-regional cooperation‹).



Auch bei der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen tritt das BMZ für Strategien der Drogenkontrolle ein, die entwicklungspolitisch sinnvoll und mit den Menschenrechten vereinbar sind.

Zu den Maßnahmen, die derzeit mit ›Funds-in-Trust‹ des BMZ über UNDCP gefördert werden, gehören:

- ▶ Beratungsdienste für Alternative Entwicklung in den UNDCP-Regionalbüros in Pakistan und Thailand und dem UNDCP-Büro in Peru.
- ▶ Alternative Entwicklung in Afghanistan.
- ▶ Projekte der Alternativen Entwicklung im Apurímac-Ene-Tal sowie im Huallaga-Tal von Peru.
- ▶ Das Pilotprojekt der Alternativen Entwicklung in Ky Son, Vietnam.

Aufgrund dieses Engagements gilt die Bundesrepublik auf internationaler Ebene als Verfechterin einer entwicklungsorientierten Drogenpolitik, die nachhaltiger und mit Menschenrechten eher vereinbar ist als Maßnahmen, die ausschließlich auf ›Law Enforcement‹ setzen.

5 Erfahrungen aus drei Ländern

Peru: Möglichkeiten der Alternativen Entwicklung erweitern

Peru ist gekennzeichnet durch einen Reichtum an Ressourcen einerseits und krasse Einkommensunterschiede andererseits. Nahezu 60 Prozent der Bevölkerung leben in großer Armut.

Peru ist gleichzeitig der wichtigste Hersteller von Kokablättern und Kokapaste. Fast die Hälfte der weltweiten Kokaanbauflächen befinden sich in diesem Land. Der Schwerpunkt der Kokaproduktion liegt im Oberen und Mittleren Huallagatal, aber auch Täler wie die des Apurímac oder des Ene sind von Bedeutung.

Der Einfluß von Drogenhändlern und Guerillabewegungen schränkt die staatliche Einflußnahme auf die betroffenen Gebiete ein und verschärft Sicherheitsprobleme. Guerillabewegungen finanzieren sich aus dem Drogengeschäft und sichern ihrerseits den Drogenhandel vor dem Zugriff der Staates. Das Drogengeschäft insgesamt ist eine wichtige Quelle der weit verbreiteten Korruption.

Seit Beginn der 80er Jahre werden in Peru Bemühungen unternommen, den Kokaanbau zu reduzieren. Die Ansätze reichen von der Vernichtung von Kokaflächen bis zu Ersatzanbauprojekten und der Kompensation von Bauern für die Aufgabe der Kokaproduktion. Diese Strategien haben sich insgesamt als wenig wirksam



● Kokagebiete



Der Kokaanbau in Peru findet oft in sicherheitssensiblen und entlegenen Gebieten statt.

erwiesen. Repressive Maßnahmen und die Militarisierung der Drogenbekämpfung antagonisierten die betroffene Bevölkerung und verschärften Sicherheitsprobleme. 1990 erteilte die peruanische Regierung dieser Strategie eine Absage und erkannte den Kokaanbau als ein Entwicklungsproblem an. Eine Lösung wird nun eher in der Überwindung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Defizite gesehen.

1994 verabschiedete die peruanische Regierung den »Nationalen Plan zur Drogenprävention und -kontrolle (1994-2000)«. Der Alternativen Entwicklung wird darin Vorrang gegeben.

Bei der Umsetzung dieses Plans zeigte sich jedoch, daß die Kenntnisse über die komplexen Zusammenhänge, die der Kokaproduktion zugrunde liegen, zu gering, die in anderen Ländern und Regionen angewandten Strategien auf Peru nicht unbedingt übertragbar und die Kapazitäten der damit beauftragten Institutionen zu begrenzt waren.

1996 wurde deshalb mit Mitteln des BMZ durch die GTZ das Projekt AIDIA – ›Proyecto Piloto de Asesoría e Investigación para el Desarrollo Integral Andino-Amazónico‹ (Pilotvorhaben Vorgehensweisen zur Unterstützung der Alternativen Entwicklung in sicherheitssensiblen Regionen) – begonnen. Es soll zeigen, wie Maßnahmen der Alternativen Entwicklung in sicherheitssensiblen Regionen unterstützt werden können.

In einem ersten Schritt geht es bei diesem Projekt darum, die Ursachen und Folgen des Kokaanbaus, die Abhängigkeits- und Machtstrukturen in den betroffenen Regionen sowie die Erfahrungen mit bisherigen Projekten in Peru, aber auch in Kolumbien und Bolivien herauszuarbeiten.



In Peru bedeutet Drogenkontrolle zunächst die Schaffung alternativer Einkommensquellen.

Projektdaten AIDIA

Titel	<i>Pilotvorhaben Vorgehensweisen zur Unterstützung der Alternativen Entwicklung in sicherheitssensiblen Regionen (AIDIA)</i>
Ziel	<i>Relevante Organisationen und Institutionen in ihrer Fähigkeit zu stärken, Strategien der Alternativen Entwicklung zu formulieren, zu planen und durchzuführen</i>
Zielgruppen	<i>Staatliche und nichtstaatliche Organisationen und Projekte.</i>
Träger	CONTRADROGAS
Dauer	1996 - 1998
Art der Kooperation	<i>Technische Zusammenarbeit über die GTZ</i>
BMZ-Beitrag	<i>DM 2,1 Millionen</i>

In einem zweiten Schritt werden dann die sozialen Kriterien (darunter Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten, Rechtssicherheit), wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Produktions- und Vermarktungsbedingungen) sowie konkrete Ansätze auf Projektebene (z.B. die partizipative Planung und Durchführung von Projekten) aufgezeigt. Mit Kleinmaßnahmen, die durch AIDIA unterstützt werden, kann die Machbarkeit solcher Ansätze auf lokaler Ebene nachgewiesen werden. Beispiele sind die Verbesserung der Kakaoproduktion (Bekämpfung der Kakaofäule) im Apurímac oder die Förde-

rung von Frauenzentren in Tambopata/Inambari und Yanatile. Teilweise werden solche Aktivitäten von anderen Behörden und Organisationen aufgegriffen und führen zu umfassenderen und längerfristigen Maßnahmen.

1997 wurde die Verantwortung für Maßnahmen der Alternativen Entwicklung in Peru auf die neugegründete Regierungskommission CONTRADROGAS übertragen. AIDIA sieht seine Aufgabe nun auch darin, die Managementfähigkeiten dieser Kommission zu stärken.

Zu den wichtigsten Zwischenergebnissen zählt erstens, daß die von AIDIA vorgeschlagenen partizipativen Methoden zur Projektplanung und Durchführung zunehmend auch von staatlichen Behörden und anderen Projekten übernommen werden. Der daraus resultierende Dialog zwischen Behörden und Zielgruppen hilft, Vertrauen herzustellen und Sicherheitsprobleme zu verringern.

Zweitens wurde in Peru – und durch einen internationalen Workshop in Bolivien auch in anderen Andenländern – die Diskussion über entwicklungspolitische Ansätze in der Drogenkontrolle neu belebt.

Drittens liefert das AIDIA anderen Projekten in den Andenländern wichtige Erkenntnisse zu Vorgehensweisen in der Alternativen Entwicklung.

Alternative Entwicklung in Thailand: Lebensbedingungen von Minderheiten verbessern

In den nördlichen Bergregionen Thailands leben ethnische Minderheiten mit einer reichen Vielfalt an Kulturen, Sprachen, Traditionen und Wirtschaftsformen. Einige sind schon seit langer Zeit dort, andere während der letzten hundert Jahre aus China, Burma und Laos eingewandert. Die Menschen sichern ihr Überleben zumeist mit dem Anbau von Reis und Feldfrüchten für den Eigenbedarf sowie mit Viehhaltung. Oft gehört der Anbau von Schlafmohn zu den wenigen Aktivitäten, mit denen Geldeinkommen erzielt werden kann.



In Thailand wird der Mohn zumeist von Minderheiten in Bergregionen angebaut.

Der soziale und wirtschaftliche Wandel erfaßt auch die Dörfer in den Bergen – nicht immer mit positiven Auswirkungen. Bevölkerungsdruck und Holzgewinnung führen zu ökologischen Problemen und Landknappheit. Wertvorstellungen und Verhaltensweisen verändern sich. Junge Frauen und Männer migrieren in Städte. Einige arbeiten dort in der Sexindustrie. HIV/AIDS breitet sich auch in den Bergregionen aus. Der Konsum von Heroin ist nicht nur in den Städten, sondern auch in den Bergdörfern zu einem großen Problem geworden. Drogenproduktion, -handel und -konsum führen zu Gewalt und bedrohen den sozialen Zusammenhalt.

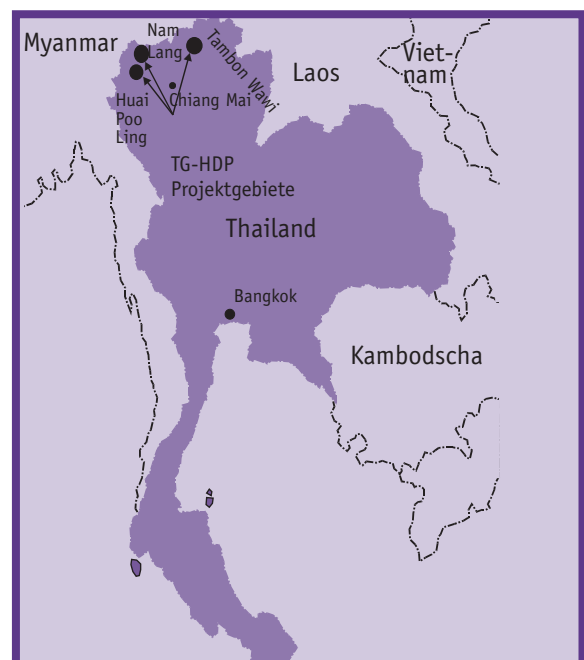
Seit Anfang der 70er Jahre führt die thailändische Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft Maßnahmen zur Reduzierung des Mohnanbaus und zur Entwicklung der Bergregionen durch. Das wichtigste Instrument war zunächst Ersatzanbau und ist heute die Alternative Entwicklung. Zwischen 1968 und 1997 sank die Opiumproduktion von 146 Tonnen auf etwa fünf Tonnen.

Das 'Thai-German Highland Development Programme' (TG-HDP) ist eine der bedeutendsten Maßnahmen in diesem Bereich. Das Programm begann 1981 und endet 1998. Zielgruppen sind Minderheiten – Akha, Hmong, Karen, Lahu, Lisu, Shan und Yao – in ausgewählten Bezirken der Provinzen Chiang Rai und Mae Hong Son. Diese Bevölkerungsgruppen sahen sich zu Projektbeginn Armut-, Sicherheits- und Umweltproblemen ausgesetzt, die für diese Bergregionen typisch sind. Dazu gehörte auch, daß sie Opium produzierten.

Ziel des TG-HDP ist, die Lebensbedingungen der Bergbevölkerung zu verbessern, Drogenprobleme zu verringern und die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts zu sichern.

Das TG-HDP wurde als flexibles Programm entworfen, um auf sich verändernde Anforderungen und auf neue Bedürfnisse der Zielgruppen eingehen zu können.

Die Spektrum der Aktivitäten ist vielfältig. Es umfaßt die Stärkung der Selbsthilfefähigkeiten von Gemeinden, die Förderung der Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung von Einkommen, die Landnutzungsplanung und andere Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen, die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen, Gleichberechtigungsprogramme und der Ausbau der physischen Infrastruktur, um eine Anbindung an Märkte zu sichern.



Selbsthilfegruppen und Gemeindeorganisationen sind die Träger des sozialen Wandels. Deshalb werden sie durch Training und Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs gestärkt. Ihre Partizipation in der Planung und Umsetzung von Maßnahmen wird sichergestellt.

Gleichzeitig ist das TG-HDP in die bestehenden Regierungsstrukturen eingebunden, insbesondere in die Arbeit des ›Office of the Narcotics Control Board‹ (ONCB) und dessen Büro in Chiang Mai. Dies ermöglicht eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden auf Distrikt-, Provinz- und nationaler Ebene.

Projektdaten TG-HDP

Titel	<i>Thai-German Highland Development Programme (Bergregionenentwicklung in Nordthailand)</i>
Ziel	<i>Die Lebensbedingungen der Bergbevölkerung zu verbessern, Drogenprobleme zu verringern und die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts zu sichern.</i>
Zielgruppen	<i>Etwa 30.000 Menschen ethnischer Minderheiten in Tambon Wawi (in der Provinz Chiang Rai), Nam Lang und Huai Poo Ling (in der Provinz Mae Hong Son)</i>
Träger	<i>Office of the Narcotics Control Board (ONCB)</i>
Dauer	<i>1981 - 1998</i>
Art der Kooperation	<i>Technische Zusammenarbeit über die GTZ</i>
BMZ-Beitrag	<i>ca. DM 40 Millionen</i>

Die Ausbreitung des Heroinkonsums in den Bergregionen stellte auch das TG-HDP vor eine neue Herausforderung. 1993 wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die die Problematik des Drogenkonsums in der Provinz Mae Hong Son untersuchte. Sie kam zu dem Ergebnis, daß Prävention, Behandlung und Reintegration von Drogenabhängigen nur dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn Gemeinden und Selbsthilfegruppen eine führende Rolle dabei übernehmen. Diese Erkenntnis führte zur Strategie der gemeindegestützten Drogenkontrolle – ›community-based drug abuse control‹. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dieser Ansatz in Gemeinden mit leichten und mittleren Drogenproblemen, die selbst noch stark genug sind und einigermaßen funktionierende Gemeindeorganisationen aufweisen, erfolgreich. In Gemeinden mit sehr großen Drogenproblemen und schwachen Organisationen sind zusätzliche Maßnahmen durch die lokalen Behörden notwendig.

Die lange Laufzeit des TG-HDP von siebzehn Jahren trägt der Tatsache Rechnung, daß Alternative Entwicklung ein Prozeß ist, der Zeit braucht. Schnelle Lösungen sind nicht möglich, wenn sie nachhaltig sein sollen.

Das TG-HDP leistete in diesem Zeitraum einen Beitrag zur Reduzierung der Opiumproduktion. In den Projektgebieten sank die Produktion von bis zu neun Tonnen vor Beginn der Maßnahmen auf weniger als 200 kg im Jahre 1996.

Da das TG-HDP auch das ONCB-Büro in Chiang Mai stärkte und neue Ansätze einführte, hatte das Programm Wirkungen über die unmittelbaren Projektgebiete hinaus. Strategien der gemeindegestützten Drogenkontrolle sind inzwischen fester Bestandteil der thailändischen Drogenpolitik. Die Erfahrungen des TG-HDP sind auch für andere Länder Südostasiens von Bedeutung. Auch dort sind es vor allem ethnische Minderheiten in entlegenen Bergregionen, die von der Drogenproduktion in wirtschaftlicher bzw. vom Drogenkonsum in physischer Abhängigkeit leben.

Darüber hinaus trug das TG-HDP zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung in den Bergregionen bei. In den meisten Dörfern gibt es nun landwirtschaftliche Beratungsdienste, Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, aber auch einen verbesserten Zugang zu neuen Einkommensmöglichkeiten und Märkten. Gemeinden und Selbsthilfegruppen sind in der Lage, mit Problemen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels sowie mit ökologischen Problemen besser umzugehen. Die Lebensbedingungen insgesamt haben sich erheblich verbessert.



Das TG-HDP fördert Maßnahmen der gemeindegestützten Drogenkontrolle, um die Selbsthilfefähigkeiten der Gemeinden zu stärken.

Prävention in Kolumbien: Netzwerke bilden und Lebensqualität erhöhen

Medellín gehört zu den gewalttätigsten Städten der Welt. Diebstähle, Überfälle, Entführungen, Vergewaltigungen und Morde sind fast schon Teil der Normalität. Medellín ist auch ein Zentrum der sogenannten ›Drogenmafia‹.

Das Leben vieler Jugendlicher wird durch Gewalt, Drogen und Bandenkriminalität geprägt. Familie, Schule und Stadtteil können kaum Orientierung bieten. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen Medellíns sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren.



Medellín gehört zu den gewalttätigsten Städten der Welt.

In einer Studie von 1993 zum Drogenkonsum in Medellín wurde geschätzt, daß etwa 72.000 Menschen Marihuana, 30.000 Kokain und 20.000 Bazuco – ein sehr billiges und stark gesundheitsschädliches Kokainderivat – gebrauchten. Etwa fünfmal soviel Männer wie Frauen gebrauchen illegale Drogen. Die am weitesten verbreitete und problematischste Droge ist aber Alkohol. Gewaltverbrechen finden überwiegend unter Alkoholeinfluß statt.

In den Stadtrandgebieten von Medellín gab es Anfang der 90er Jahre hunderte von Projekten und Initiativen für Jugendliche. Allerdings arbeiteten sie isoliert nebeneinander und waren nicht in der Lage, strukturelle Veränderungen zu bewirken.

1994 wurde deshalb PAISAJOVEN – ›Programa de Apoyo Institucional y Social a Jóvenes en Medellín‹ (Programm zur institutionellen und sozialen Unterstützung von Jugendlichen in Medellín) – gegründet. Es wird von der GTZ unterstützt. PAISAJOVEN ist ein Netzwerk von Organisationen. Ihm gehören Vertreter von Jugendorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, der Stadtverwaltung, des Stadtrats, der Schulbehörden, von Stadtteilorganisationen, Berufsbildungseinrichtungen, des Jugendstadtrats, von Universitäten, Kirchen und Unternehmerverbänden an. Alle Mitglieder leisten auch einen finanziellen Beitrag.

Das Netzwerk dient nicht nur dazu, die Jugendarbeit in den Stadtrandgebieten abzustimmen, sondern auch dazu, sie zu verbessern. PAISAJOVEN bietet den beteiligten Organisationen, Institutionen und Initiativen Beratungs- und Fortbildungsprogramme an, mit denen diese wiederum ihre Aktivitäten für Jugendliche ohne Arbeit, Schulbildung oder berufliche Ausbildung, für arbeitslose und alleinerziehende Mütter und besonders auch für diejenigen, die mit Drogenkonsum und Drogenkriminalität in Berührung kommen, erweitern und verbessern können. Jugendliche können sich auch direkt an PAISAJOVEN wenden, um Informationen zu Berufsbildung und Arbeitsmarkt zu erhalten.

Prävention wird in diesem Fall sehr umfassend verstanden. Es geht um die Stärkung schützender Faktoren und der Überlebenskompetenz. In den Armutsvierteln ist ein solcher Ansatz aber nur dann erfolgversprechend, wenn die Ursachen der Gewalt auf allen gesellschaftlichen Ebenen angegangen werden.



Nur wenn möglichst viele soziale Akteure an einem Prozeß des Wandels teilnehmen, können ein friedliches Zusammenleben gesichert und die Lebensqualität erhöht werden.

Dazu gehört auch, daß die Qualität der Wohnungen, der Infrastruktur und der öffentlichen Einrichtungen insgesamt verbessert werden. Von den 1,8 Millionen Einwohnern Medellíns leben etwa 200.000 in rund 70 unterversorgten Stadtrandvierteln. Neben dem TZ-Projekt PAISAJOVEN finanziert das BMZ in Medellín daher auch ein integriertes Programm zur Verbesserung der Stadtrandsiedlungen. PRIMED – »Programa Integral de Mejoramiento de Barrios Subnormales en Medellín« (Integriertes Programm zur Verbesserung der Stadtrandsiedlungen) – ist eine Maßnahme der Finanziellen Zusammenarbeit, die von der KfW unterstützt wird. Hier geht es darum, die Beteiligung der Bevölkerung an der Stadtteilsanierung zu erhöhen, die Siedlungsinfrastruktur – Straßen und Wege, Wasser und Abwasser, Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten – zu ergänzen und zu erweitern, Wohnungen zu verbessern und den Bewohnern zu helfen, Eigentumstitel zu klären und zu legalisieren. In einer ersten Phase konzentrieren sich die Maßnahmen auf drei Gebiete mit insgesamt 15 Stadtteilen. Damit können etwa 11.000 Familien erreicht werden.



Stadtteilsanierung in Medellín: Über die Finanzielle Zusammenarbeit kann das soziale Umfeld verbessert werden, das der Drogenproblematik oft zugrunde liegt.

Projektdaten

	PAISAJOVEN	PRIMED
<i>Titel</i>	<i>Programm zur institutionellen und sozialen Unterstützung von Jugendlichen in Medellín (PAISAJOVEN)</i>	<i>Integriertes Programm zur Verbesserung der Stadtrandsiedlungen in Medellín (PRIMED)</i>
<i>Ziel</i>	<i>Öffentliche Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Privatwirtschaft bilden Netzwerke, um die Jugend- und Präventionsarbeit zu verbessern</i>	<i>Die Lebensqualität in den Stadtrandsiedlungen zu verbessern und damit einen Beitrag zur Senkung der Drogen- und Gewaltkriminalität zu leisten</i>
<i>Zielgruppen</i>	<i>Problemgruppen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Randgebieten von Medellín</i>	<i>In einer ersten Phase ca. 11.000 Familien in 15 Siedlungen mit einem Monatseinkommen von weniger als US\$ 100</i>
<i>Träger</i>	<i>Stadtverwaltung Medellín</i>	<i>Städtische Wohnungsbau-gesellschaft CORVIDE</i>
<i>Dauer</i>	<i>1995 - 1998</i>	<i>1993 - offen</i>
<i>Art der Kooperation</i>	<i>Technische Zusammenarbeit über die GTZ</i>	<i>Finanzielle Zusammenarbeit über die KfW</i>
<i>BMZ-Beitrag</i>	<i>DM 3,7 Millionen</i>	<i>DM 13 Millionen</i>

Ziel des PRIMED ist die unmittelbare Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung. Die hier entwickelten Ansätze wurden bereits in der Stadtverwaltung verankert. Wichtige Prinzipien des PRIMED – wie z.B. die partizipative Planung mit den Stadtteilbewohnern – gingen in die neue »Ley de Reforma Urbana« (1997) ein und werden deshalb bald auch in anderen Städten Kolumbiens angewandt werden.

6 Drogenkontrolle ist möglich

Drogenprobleme mindern

Die Drogenkontrolle im Rahmen der EZ erhebt den doppelten Anspruch, Drogenprobleme zu mindern und Entwicklungsprozesse zu fördern. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß dies möglich ist. In den meisten Ländern Asiens ist die Opiumproduktion beträchtlich zurückgegangen:

- ▶ In Thailand von 146 Tonnen 1968 (also vor Beginn der Programme) auf 5 Tonnen 1997.
- ▶ In Pakistan von 800 Tonnen (1979) auf 24 Tonnen (1997).
- ▶ In Laos sind im Nordosten des Landes Teilerfolge sichtbar, wo seit Ende der 80er Jahre Maßnahmen der Alternativen Entwicklung durchgeführt werden. Zwischen 1992 und 1996 sank die Produktion dort um 15 Prozent.
- ▶ In Vietnam wurde die Produktion zwischen 1992 und 1995 von 60 auf etwa 10 Tonnen gesenkt.



Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Peru: Der Drogenprävention kommt immer größere Bedeutung zu.

Fortschritte wurden vor allem dort erzielt, wo über einen längeren Zeitraum hinweg Strategien der Alternativen Entwicklung verfolgt wurden. In Asien war dies in Thailand und Pakistan

der Fall. In Laos und Vietnam begannen derartige Programme erst Ende der 80er bzw. zu Beginn der 90er Jahre. Nachhaltige menschliche Entwicklung ist ein Prozeß, der Zeit braucht. Dasselbe gilt für entwicklungsorientierte Ansätze der Drogenkontrolle.

Daß trotz dieser Erfolge der Mohnanbau in Asien insgesamt in den letzten Jahren anstieg, ist nicht auf eine Verschiebung der Produktion beispielsweise von Pakistan nach Afghanistan oder von Thailand nach Myanmar – also auf den sogenannten ›Ballon-Effekt‹ – zurückzuführen, sondern auf die politische Situation in Afghanistan und Myanmar, die Drogenprobleme begünstigt. Aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen konnten in jenen Ländern bisher nur in sehr begrenztem Umfang Programme der Alternativen Entwicklung durchgeführt werden.

In Lateinamerika begannen Maßnahmen der Alternativen Entwicklung erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Erfolge im Hinblick auf eine Verringerung des Kokaanbaus sind bislang nur in Einzelfällen nachweisbar. Die Kokaproduktion ist immer wieder Schwankungen unterworfen. Zuweilen werden Erfolge in einem Projektgebiet durch den Anstieg des Drogenanbaus in einem anderen Gebiet ausgeglichen.

Allerdings werden durch Programme der Alternativen Entwicklung viele der Entwicklungsprobleme, die mit der Kokawirtschaft in unmittelbarem Zusammenhang stehen, angegangen. Dazu gehören beispielsweise die Förderung einer nachhaltigen Forstwirtschaft, die Stärkung von Selbsthilfeorganisationen und der zunehmende Dialog zwischen staatlichen Behörden und Bauernorganisationen. Durch diese und andere Aktivitäten werden Voraussetzungen für eine Reduzierung der Kokaproduktion insgesamt geschaffen.

Die Verringerung des Drogenkonsums wurde lange Zeit vernachlässigt. Erst seit wenigen Jahren werden in Asien und Lateinamerika umfassendere Maßnahmen der Prävention entwickelt und gefördert.

Erste Ergebnisse zeigen, daß durch gemeindegestützte und partizipative Ansätze der Drogenkonsum als ein Entwicklungsproblem von Gemeinden, sozialen Gruppen und Individuen erfolgreich angegangen werden kann. Nun geht es darum, diese Erkenntnisse auf breiter Ebene anzuwenden und in anderen Maßnahmen der EZ zu verankern.

Entwicklungsprozesse fördern

Der Erfolg der EZ in diesem Bereich sollte nicht nur daran gemessen werden, in welchem Ausmaß Drogenprobleme reduziert werden, sondern auch daran, wie sie zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung beiträgt.

Drogenkontrolle durch die EZ hilft:

- ▶ Grundbedürfnisse zu befriedigen und Armut zu mindern, indem die Nahrungsmittelproduktion erhöht, legale Einkommensmöglichkeiten diversifiziert und der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen verbessert werden;
- ▶ soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit zu sichern, indem soziale Strukturen gestärkt und umweltverträgliche Wirtschaftsweisen unterstützt werden;
- ▶ Möglichkeiten der Partizipation benachteiligter Gruppen zu verbessern. Dazu gehören ethnische Minderheiten, Frauen, Jugendliche ohne Arbeit, Bildung und Entfaltungsmöglichkeiten und oft auch ohne Zuhause, Menschen mit HIV/AIDS oder Menschen in Elendsvierteln;

- ▶ die Selbsthilfefähigkeiten von Gemeinden und sozialen Gruppen zu fördern. Dies kann die Stärkung von Gemeindeinstitutionen, Frauengruppen, Bauernorganisationen oder Jugendgruppen umfassen;
- ▶ die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Sie kann den Dialog zwischen Regierungsbehörden und ethnischen Minderheiten oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen fördern, die Effizienz und Transparenz öffentlicher Institutionen erhöhen, den Aufbau eines Rechtsstaats unterstützen und auch Themen problematisieren, die politisch schwierig sind, wie Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder die organisierte Kriminalität.

Entwicklungsorientierte Strategien der Drogenkontrolle erzielen also auch Wirkungen, die über die unmittelbaren Ziele der Drogenkontrolle und über Projektgebiete hinausgehen.



Akha-Minderheiten in Laos: Der Erfolg von Maßnahmen der Drogenkontrolle sollte auch daran gemessen werden, wie sie zu Prozessen nachhaltiger menschlicher Entwicklung beitragen.

7 Perspektiven

Aus Erfahrungen lernen

Aus der bisherigen EZ im Bereich der Drogenkontrolle können wichtige Lehren gezogen werden:



Drogenkontrolle durch die EZ ...

- ▶ Für die EZ im Bereich der Drogenkontrolle müssen realistische Zielsetzungen formuliert werden. Die EZ erhebt nicht den Anspruch, das globale Drogenproblem lösen zu können. Maßnahmen gehen zunächst Drogenprobleme als Entwicklungsprobleme spezifischer Zielgruppen an. Vorrangiges Erfolgskriterium ist, wie sie zur Minderung der Problematik auf dieser Ebene beitragen. Drogenkontrolle ist damit genauso machbar wie andere Maßnahmen der EZ.
 - ▶ Drogenkontrolle erfordert Kooperation und einen breiten Konsens. Entwicklungspolitische Maßnahmen können helfen, einen solchen Konsens zu schmieden. Alternative Entwicklung kann beispielsweise oft auf einen Konsens bauen, der von den betroffenen Bauern über die lokalen und nationalen Behörden und Regierungen bis hin zu Institutionen der EZ, Geberländern und internationalen Organisationen reicht.
 - ▶ Die begrenzten Ressourcen, die für die Drogenkontrolle im Rahmen der EZ zur Verfügung stehen, müssen auf effiziente Weise genutzt werden. Ihre Wirkung kann erheblich erhöht werden, wenn es gelingt, Maßnahmen der Drogenkontrolle als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt stärker zu verankern. Für das ADE ist dies eine zentrale Aufgabe. Aber auch wenn dies gelingt, benötigen Institutionen wie die GTZ weiterhin ein gewisses Maß an spezialisierter Fachkompetenz im Drogenbereich.
 - ▶ Die Strategien, Instrumente und methodischen Ansätze müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sowohl in Asien als auch in Lateinamerika kann die GTZ erhebliche Erfahrungen mit der Umsetzung von Maßnahmen der Alternativen Entwicklung, aber auch im konzeptionellen Bereich einbringen. Ähnliches gilt für die Prävention: Die GTZ unterstützt nicht nur eine steigende Zahl von Präventionsmaßnahmen, sondern arbeitet auch an der Weiterentwicklung von Konzepten.
- ▶ Die Rahmenbedingungen für Drogenkontrolle und nachhaltige menschliche Entwicklung erweisen sich in vielen Fällen als unzureichend. Entwicklungsorientierte Strategien der Drogenkontrolle müssen deshalb auch darauf hinarbeiten, diese Rahmenbedingungen oder ›Governance‹ zu verbessern.
 - ▶ Drogenkontrolle ist weniger ein Einzelereignis als ein Prozeß. Maßnahmen der EZ sind darauf ausgerichtet, diesen Prozeß zu unterstützen. Ein erster wichtiger Schritt ist oft die Schaffung eines Problembewußtseins. Kleinmaßnahmen sowie der politische Dialog können hier Wirkungen erzielen.

Herausforderungen

Strategien formulieren

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollten Strategien formuliert und unterstützt werden, die zu Drogenkontrolle und nachhaltiger menschlicher Entwicklung beitragen. Dazu gehören Strategien:

- ▶ der Alternativen Entwicklung, darunter konkrete Projekte, aber auch die Stärkung von Partnerinstitutionen, einschließlich Nichtregierungsorganisationen;
- ▶ der gemeindegestützten Drogenkontrolle, die darauf ausgerichtet sind, die Selbsthilfefähigkeiten von Zielgruppen zu stärken;
- ▶ zur Förderung von Partnerorganisationen, die im Bereich der Prävention arbeiten;
- ▶ zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Drogenkontrolle und nachhaltige menschliche Entwicklung, darunter die Stärkung des politischen Willens zur Drogenkontrolle und Unterstützung von Positivmaßnahmen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Sicherheit und Beachtung der Menschenrechte.

Umsetzung unterstützen

In einigen Ländern liegen solche Strategien bereits vor, können aber aus den unterschiedlichsten Gründen nicht umgesetzt werden. Hier kann die EZ über die Technische und die Finanzielle Zusammenarbeit ihre Umsetzung fördern. Der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Kleinmaßnahmen, wie sie vom ADE unterstützt werden, sowie dem kontinuierlichen politischen Dialog können dabei große Bedeutung zukommen.

Drogenkontrolle in der EZ verankern

Die Drogenkontrolle sollte in der EZ als Querschnittsaufgabe stärker verankert werden. Das bedeutet, daß auch andere Entwicklungsprojekte und -organisationen Drogenprobleme berücksichtigen, ihre Mitarbeiter entsprechend fortbilden und gegebenenfalls Komponenten der Alternativen Entwicklung oder der ›community-based drug control‹ in ihre Programme aufnehmen.

Konsensfindung unterstützen

Strategien der Drogenkontrolle sind dann erfolgreich, wenn sie auf einen möglichst breiten Konsens bauen können. Die Konsensfindung kann auf verschiedenen Ebenen unterstützt werden:

- ▶ Auf lokaler Ebene beispielsweise bei der Formulierung von Maßnahmen der Alternativen Entwicklung oder der ›community-based drug control‹.
- ▶ Auf nationaler Ebene bei der Erarbeitung eines ›Master Plan‹.
- ▶ Auf internationaler Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zur Drogenproblematik 1998 bietet dafür Gelegenheit.



... bietet neue Chancen und Perspektiven.

Projekte

Das BMZ unterstützt weltweit zahlreiche Maßnahmen der technischen, finanziellen und multilateralen Zusammenarbeit im Drogenbereich, wie die folgende Übersicht zeigt. Neben den Mitteln, die das BMZ zur Verfügung stellt, leisten die Partnerregierungen zumeist selbst erhebliche Beiträge.

Land	Bezeichnung	Dauer	Durchführung	BMZ-Beitrag (in DM)
Überregional	Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung, ADE (bis 1997 unter dem Titel Aktionsprogramm Rauschgiftbekämpfung, ARB)	Seit 1990	GTZ	10,45 Mio
	Beratungsdienste für Alternative Entwicklung (Asien und Lateinamerika)	Seit 1995	UNDCP	2,2 Mio
	Internationaler Workshop zu Drogenprävention und Rehabilitation	1997 - 1998	GTZ/ADE ¹	125.000
Regional Afrika	Aufbau von Drogenprüflabors in mehreren Ländern Afrikas	1987 - 1993	UNDCP	2,7 Mio
Regional Asien	Strategieentwicklung zu Drogen und Entwicklung in Asien	1996 - 1998	GTZ/ADE	240.000
Regional Lateinamerika	Biokaffee (Bolivien, Kolumbien, Peru)	Seit 1993	GTZ	5,4 Mio
	Biokaffee Aufbereitungsanlage (Bolivien, Kolumbien, Peru)	Seit 1996	GTZ/ADE	250.000
	Forschungsorientierung zur Alternativen Entwicklung im Drogenpflanzenanbau in Bolivien, Kolumbien und Peru	Seit 1996	GTZ/IICA	3,15 Mio
	Trainingsmaßnahmen im Rahmen des Vorhabens Forschungsorientierung zur Alternativen Entwicklung	1996 - 1998	GTZ/ADE	350.000
	Entwicklung von Vorgehensweisen bei Alternativer Entwicklung in sicherheitssensiblen Regionen (AIDIA)	1996 - 1998	GTZ/CONTRADROGAS	2,1 Mio
Afghanistan	Drogenkontrolle und ländliche Rehabilitation	1995	UNDCP	987.000
	Poppy Crop Reduction/Alternative Entwicklung	Seit 1998	UNDCP	5 Mio
Ägypten	Rehabilitierung von Drogenabhängigen	Seit 1995	KfW	1,6 Mio
Bolivien	Sicherung der Existenzgrundlagen in den Provinzen Arque, Bolivar, Tapacari	Seit 1991	GTZ	15,1 Mio
	Sonderfonds Alternative Entwicklung	Seit 1991	KfW	5 Mio
	Ausrüstungshilfe für nationales Kartographiesystem	1991 - 1997	KfW	10 Mio
	Ländliche Entwicklung in Ichilo/Sara	Seit 1992	GTZ	9,7 Mio
	Ausbildungsprogramm für Multiplikatoren (Prävention)	1992 - 1997	GTZ/ADE/COPRE/AVE	230.000
	Elektrifizierung/Einkommensschaffende Maßnahmen Larecaja	Seit 1993	KfW	30 Mio
	Entwicklungsplan für die Tropenregion von Cochabamba	Seit 1993	GTZ	8,2 Mio
	Nachhaltige Forstwirtschaft Cochabamba	Seit 1994	UNDCP	2,2 Mio
	Drogenpräventionskampagnen	1995 - 1996	GTZ/ADE	265.000
	Alternative Entwicklung Sacaba	Seit 1995	KfW	16 Mio
	Ländliche Entwicklung Ayopaya	1993 - 1996	Deutsche Welthungerhilfe	1 Mio
	Förderung der Agroindustrie	1996	GTZ/ADE	170.000
	Therapiezentrum für drogenabhängige Kinder aus Santa Cruz	Seit 1996	Kolpingwerk	408.000
	Studienfonds für Nationale Bewässerungsprogramme (PRONAR)	Seit 1998	KfW	3 Mio
	Bewässerungsprojekt Rio Incahuasi	Gepl. ab 1998	KfW	15 Mio
	Bewässerung Comarapa	Gepl. ab 1998	KfW	25,5 Mio

Land	Bezeichnung	Dauer	Durchführung	BMZ-Beitrag (in DM)
Brasilien	Beratung der Suchthilfeeinrichtung in Brasilia	Seit 1994	ADE/PRODAP	100.000
Chile	Nationale Präventionskampagne	Seit 1998	GTZ	1 Mio
El Salvador	Reintegration von Jugendlichen und Präventionsarbeit in vom Krieg besonders betroffenen Gebieten	Seit 1996	GTZ/Fundasalva	2 Mio
Indonesien	Beratung bei der Drogenmißbrauchsbekämpfung	1982 - 1989	GTZ	4,7 Mio
Kolumbien	Ländliche Regionalentwicklung in Cauca und nördlichem Nariño	1986 - 1995	UNDCP	15 Mio
	Drogenprävention/Medienkampagne	1991 - 1994	GTZ/ADE/SURGIR	105.000
	Via La Cuidania (Drogen- und Menschenrechtskampagne)	1993 - 1996	GTZ/ADE	350.000
	Sozialprojekt Medellin	Seit 1993	KfW	13 Mio
	Programm zur Förderung positiver Ansätze der Jugendarbeit in Medellin (PAISAJOVEN)	Seit 1995	GTZ	3,7 Mio
	Prüfung Regionalentwicklung Alto Patia	1994	GTZ/ADE	100.000
	Ländliche Regionalentwicklung in der Region Alto Patia	Seit 1997	GTZ	5 Mio
	Ländliche Regionalentwicklung in der Region Bota Caucana	Ab 1997	GTZ	5 Mio
	Förderung des Gerichtsmedizinischen Instituts	Seit 1997	GTZ	3 Mio
Laos	Xieng Khouang Highland Development Programme	1991 - 1995	UNDCP	7,6 Mio
	Rehabilitierung der Nationalstraße N 6	Seit 1994	KfW	15 Mio
	Projektidentifizierung/-prüfung	1996 - 1997	GTZ/ADE	150.000
	Laotisch-Deutsches Programm zur Drogenkontrolle	Ab 1998	GTZ	5 Mio
Libanon	Ländliche Regionalentwicklung im Bekaa-Tal	1994 - 1997	UNDCP	2,1 Mio
Nepal	Masterplan/Sektorplan zur Nachfragereduzierung	1993 - 1996	UNDCP	711.000
Pakistan	Dir District Development Project (DDDP)	1993 - 1996	UNDCP	2,1 Mio
	Integrated Drug Demand Reduction Project (IDDRP)	1992 - 1996	UNDCP	1,8 Mio
	Drogenprävention bei Jugendlichen in Peshawar	1998 - 2000	GTZ/ADE/ DOST Welf. Found.	120.000
Peru	Medienberatung Drogenprävention	1992	ADE/CEDRO	110.000
	Viehwirtschaft Pozuzo/Alternative Entwicklung	1992 - 1996	GTZ/ADE	365.000
	Alternative Entwicklung Apurimac-Ene	Seit 1995	UNDCP	3,4 Mio
	Alternative Entwicklung Huallaga-Tal	Seit 1996	UNDCP	3 Mio
	Projektidentifizierung Apurimac-Ene	1996 - 1997	GTZ/ADE	120.000
			GTZ/ADE/ PROTRADE	250.000
	Förderung der Nischenproduktion	1997 - 1999		
	Drogenprävention im Stadtteil Manzanilla II	Seit 1997	GTZ/CEDRO	1,4 Mio
	Regionalentwicklung Jaen-San Ignacio-Bagua	Ab 1998	GTZ/INADE	3 Mio
	Regionalentwicklung Alto Mayo	Ab 1998	GTZ/KfW	TZ: 3,5 Mio; FZ: 18 Mio.
Thailand	Thai-German Highland Development Programme (TG-HDP)	1981 - 1998	GTZ/ONCB	40 Mio
	Prüfung des Thai-German Narcotics Control Programme (TG-NCP)	1991	GTZ/ADE	223.000
	Thai-German Narcotics Control Programme (TG-NCP) (Prävention, Stärkung der Drogenbehörden, 'Law Enforcement')	Seit 1994	GTZ/ONCB	8,0 Mio
	Gemeindegestützte Drogenprävention in Nordthailand	1994 - 1996	UNDCP	404.000
Vietnam	Pilotvorhaben Alternative Entwicklung in Ky Son	Seit 1995	UNDCP	4,7 Mio

¹ Die Liste ist nicht unbedingt vollständig. Die mit 'GTZ/ADE' gekennzeichneten Maßnahmen sind als Teil des ADE kostenmäßig bereits im Gesamtbudget des ADE enthalten.

Literatur

Auf folgende Berichte wurde zurückgegriffen:

- ▶ Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung: Verschiedene Projektberichte.
- ▶ Bundeskriminalamt 1997: Rauschgiftjahresbericht Bundesrepublik Deutschland 1996. Wiesbaden.
- ▶ Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit/Bundesminister des Innern 1990: Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan. Bonn.
- ▶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1995: Konzept Rauschgiftbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BMZ Aktuell). Bonn.
- ▶ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 1998: Drugs and Development in Asia. Eschborn.
- ▶ European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction 1997: Annual Report on the State of the Drugs Problem in the European Union. Lisboa.
- ▶ Thai-German Highland Development Programme: Verschiedene Projektberichte (Internal Papers). Chiang Mai.
- ▶ United Nations International Drug Control Programme 1997: World Drug Report. Oxford.
- ▶ United Nations International Drug Control Programme 1997a: Economic and Social Consequences of Drug Abuse and Illicit Trafficking (UNDCP Technical Series No. 6). Wien.
- ▶ United States Department of State/Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs 1997: International Narcotics Control Strategy Report (March 1997). Washington.

Abkürzungen

ADE	Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
EBDD	Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
NRO	Nichtregierungsorganisation/en
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme (Internationales Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen)

Impressum

- Herausgeber** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn, Deutschland
und
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Abteilung 4500, Ländliche Entwicklung
Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung
Dag-Hammarskjöld-Weg 1+2
Postfach 5180
65726 Eschborn, Deutschland
- Konzept** Christoph Berg und Alexander Seger
- Text** Alexander Seger (53343 Wachtberg/Bonn)
- Gestaltung** Willms Digital Artwork (53773 Hennef)
- Fotos** CEDRO/Peru (Seiten 9, 14, 26), Ingolf Dietrich (Seiten 5, 6, 20, 21, 24, 28),
KfW (Seiten 13, 18, 25), Andrea Mammitzsch (Seite 11),
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Seite 1),
Alexander Seger (Titel und Seiten 2, 3, 4, 7, 8, 10, 15, 16, 17, 19, 22, 27, 29),
TG-HDP (Seiten 12, 23).
- Druck** Druckerei Metzen (50259 Pulheim)



April 1998

Dieses Heft ist auch in englischer und spanischer Sprache erhältlich.



Adressen

BMZ

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat 414
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn, Deutschland
Tel ++49-228-535-0
Fax ++49-228-535-3755

GTZ

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
Abteilung 4500, Ländliche Entwicklung
Aktionsprogramm Drogen und Entwicklung (ADE)
Postfach 5180
65726 Eschborn, Deutschland
Tel ++49-6196-79 1302
Fax ++49-6196-79 7153
E-Mail: christoph.berg@gtz.de